Zum Inhaltsverzeichnis

11 | 2026

HLZ

79. Jahr
Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen

Politische Bildung in der Schule

Rubriken

Kommentar: Politische Bildung in herausfordernden Zeiten 3

Meldungen: Lehrkräftebildung | Bildungschancenpaket 4

Recht: Neue Beurteilungsrichtlinien für Lehrkräfte 34

Magazin: Jubiläen | Aus den Kreisverbänden | Nachruf 36

Kurz gefragt, Ralf Becker 38

Impressum | Magazin: Begrüßung LiV, Preisverleihung 39

Politische Bildung in der Schule

Wie ein Grundschulkind Schulentwicklung initiierte 6

Das Lernfeldkonzept an beruflichen Schulen 8

Medienbildung am Beispiel politischer Kurzvideos 10

Professionalisierung im Lehramtsstudium 12

Zweite Phase: Theorie trifft Praxis 14

Zweite Phase: Praxis unter Druck 16

Das Modellprojekt „Starke Schulen für Demokratie" 18, 23

Einzelbeiträge

Gesellschaftslehre: den eigenen Anspruch einlösen 24

GEW-Anhörung zum Investitionsstau an Schulen 26

Der Hessische Inklusionspreis geht in die dritte Runde 28

Die rechte Meinungsmache der Medienplattform NiUS 30

Besprechung von Metschs Buch „Kritik der Kriegskunst" 32

Besprechung von Soltys Buch zur „Inneren Zeitenwende" 33

Fortbildungsangebote von lea

19–22

Grafik: Bella von isu.creates

Die GEW Hessen veranstaltet vom 10. November bis zum 10. Dezember 2026 in Kooperation mit Sea-Watch die „Wochen der Seenotrettung". In diesem Rahmen sind die folgenden Veranstaltungen geplant:

Kinoveranstaltungen

Filmvorführung „23.000 Leben"
8. November, 11 Uhr | Filmladen Kassel

Filmvorführung „23.000 Leben"
11. November, 17.30 Uhr | Filmforum Höchst

Onlineveranstaltungen

Bildung statt Abschiebung
25. November, 15.30–18.30 Uhr

Europas Grenzen - Flucht und Migration im Mittelmeer
1. Dezember, 17–20 Uhr

Neutralität und Schule
3. Dezember, 15.30–18.30 Uhr

Solidarischer Kneipenabend

10. Dezember, 19 Uhr | Club Voltaire Frankfurt

Anmeldungen und weitere Termine unter:
https://deine.gew.app/wochen-der-seenotrettung

Politische Bildung in herausfordernden Zeiten

Prof. Dr. Susann Gessner, Imke Dzewas & Fabian Welsch
Arbeitsbereich Didaktik der politischen Bildung und Demokratiebildung Philipps-Universität Marburg

Ein demokratischer Bildungsanspruch gehört zum Selbstverständnis politischer Bildung und des darauf bezogenen Unterrichtsfachs. In Zeiten demokratischer Erosion stellt sich die Frage, wie Schulen und Hochschulen diesem Bildungsauftrag gerecht werden können. Dabei geraten Bildungsinstitutionen zunehmend selbst in den Fokus politischer Auseinandersetzungen. Politische Akteure nutzen ein vermeintliches Neutralitätsgebot, um Lehrer:innen und Bildungseinrichtungen unter Druck zu setzen.

Selbstverständlich haben alle Schulen und alle Lehrer:innen einen klar umrissenen demokratischen Bildungsauftrag und müssen diesen konkret ausgestalten. Dieser Bildungsauftrag geht im Kontext politischer Bildung über das Vermitteln von Wissen zum demokratischen System hinaus. Vielmehr kann und muss der Politikunterricht junge Menschen befähigen, politische Zusammenhänge zu verstehen, unterschiedliche Perspektiven kennenzulernen, Konflikte auszuhalten und sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Dabei sollten wir uns jedoch auch der Grenzen bewusst sein: Politische Bildung kann gesellschaftliche Missstände nicht beheben. Soziale Ungleichheit, die Klimakatastrophe oder der Vertrauensverlust in politische Institutionen sind Herausforderungen, für die es politischer Aushandlungsprozesse bedarf. Gleichwohl kann politische Bildung dazu beitragen, dass junge Menschen politische und soziale Konflikte, die dahinterliegenden Interessen und ihre eigene gesellschaftliche Eingebundenheit verstehen, politische Entscheidungen kritisch beurteilen und Gesellschaft mitgestalten können. Das ist eine komplexe Aufgabe!

Einer anspruchsvollen Lehrkräftebildung kommt hierbei eine zentrale Bedeutung zu. Damit (zukünftige) Lehrer:innen die beschriebenen Potenziale tatsächlich entfalten können, brauchen sie in allen Ausbildungsphasen sinnstiftende Bildungsangebote und verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören auch institutioneller Rückhalt und kollegiale Solidarität. Wer von Lehrer:innen eine demokratische Bildung verlangt, in der auch gestritten und um Positionen gerungen wird, muss sie unterstützen, wenn kontroverse und emotional aufgeladene Themen Gegenwind erzeugen.

Politische Bildung mit dem Ziel der Mündigkeit ist ein langfristiger Prozess, der sich – die jeweiligen Adressat:innen im Blick – von Kita und Grundschule über weiterführende Bildungsgänge, Berufsausbildung bis zur Hochschule und darüber hinaus erstreckt. Dabei korrespondiert sie in besonderer Weise mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen. Der Zusammenhang von politischer Bildung und kritischer Medienbildung im Zeitalter von Fake News, KI und Social Media ist dafür ein gutes Beispiel.

Trotz aller Ambivalenzen, die mit der Pflichtschule verbunden sind, birgt sie enorme Potenziale für politische Bildung als Fach und Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe. Sie können dann entfaltet werden, wenn Lehrer:innen jungen Menschen mit Interesse, Offenheit und Sensibilität begegnen und deren Erfahrungen und Weltsichten zum Ausgangspunkt von Bildungsprozessen machen. Dieser Anspruch ist verbunden mit der Frage: Wie können wir junge Menschen darin stärken, ihre Zukünfte zuversichtlich zu denken und vor den Konflikten der Gegenwart nicht zu resignieren, sondern im Sinne des Politischen zum Denken und Handeln zu gelangen?

Debatte über Änderungen an berufsbildenden Schulen

Das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen plant zum nächsten Schuljahr umfassende Änderungen für mehrere berufsbildende Schulformen: Fachschule für Technik, Höhere Berufsfachschule sowie Fachoberschule. Für letztere ist eine deutliche Verschärfung der Aufnahmevoraussetzungen vorgesehen, was eine erhebliche Reduzierung der Zahl der Schüler:innen, die diese Schulform besuchen können, zur Folge hätte. Die GEW Hessen fordert, diese Pläne auf Eis zu legen.

Zwei Schulen in Hessen mit Schulpreis ausgezeichnet

Die Robert Bosch Stiftung hat den renommierten Deutschen Schulpreis 2026 vergeben. Den ersten Preis erhielt die Bertha-von-Suttner-Schule, eine integrierte Gesamtschule in Mörfelden-Walldorf. Der dritte Preis ging mit dem Georg-Christoph-Lichtenberg-Oberstufengymnasium in Bruchköbel ebenfalls an eine Schule in Hessen. Die GEW Hessen und die HLZ gratulieren den Schulgemeinden der ausgezeichneten Schulen herzlich. Anlässlich der Verleihung erinnerte Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen, an die aktuellen Bildungskürzungen. Die Gesamtschulen stünden *„für längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung und mehr Bildungsgerechtigkeit“*.

Arbeitszeiterfassung mit der LehrZeit-App

Die GEW Hessen hat erstmalig und exklusiv ihren Mitgliedern im Schuldienst ein digitales Werkzeug zur Erfassung der Arbeitszeit zur Verfügung gestellt. Die LehrZeit-App ist passgenau auf die Besonderheiten der Lehrkräftearbeit zugeschnitten. Innerhalb kürzester Zeit wurde die App von einer vierstelligen Zahl an hessischen Lehrkräften installiert, auch weitere GEW-Landesverbänden bieten sie inzwischen an. Die App kann nach wie vor online heruntergeladen werden. Für die erstmalige Registrierung muss lediglich der Namen und die GEW-Mitgliedsnummer eingegeben werden: *https://hessen.lehrzeit.app/login.php*

Start des Wintersemesters an den Hochschulen: Auswirkungen des Hochschulpakts werden immer deutlicher

Im Oktober hat der Lehrbetrieb an den hessischen Hochschulen wieder begonnen. Zahlreiche Studierende, die sich erstmalig eingeschrieben haben, sind mit dem Hochschulstudium in einen neuen Abschnitt ihrer Bildungsbiographie eingetreten. Unterdessen werden die Folgen des Spardrucks, die der 2025 unterzeichnete Hochschulpakt für die Jahre von 2026 bis 2031 mit sich bringt, immer deutlicher. Dieser wirkt sich nicht nur auf die Zahl der Studienplätze und die Studienbedingungen aus, sondern auch auf die Beschäftigten. Wie von der GEW befürchtet sind nun insbesondere prekär Beschäftigte im wissenschaftlichen Mittelbau betroffen.

Beispielsweise sollen an der Hochschule Darmstadt Promovierende nur noch mit einem Stellenumfang von 30 Prozent beschäftigt werden. *„Wer volle Leistung erwartet, Stellen drastisch kürzt und damit Armut organisiert, betreibt keine Förderung von Wissenschaftler:innen in der Qualifikationsphase, sondern Ausbeutung“*, erklärte Simone Claar, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen. Die GEW fordere die Hochschule Darmstadt und die Landesregierung auf, die Mindeststandards für Gute Arbeit in der Wissenschaft einzuhalten und den Stellenumfang der Promovierenden nicht zu kürzen. Die Landesregierung könne sich nicht „hinter der Hochschulautonomie verstecken“.

Teilweise Rücknahme der Bildungskürzungen an Schulen: Die Landesregierung stellt ihr „Bildungschancenpaket“ vor

Der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) hat zusammen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Kaweeh Mansoori (SPD) und Kultusminister Armin Schwarz (CDU) am 31. August das „Bildungschancenpaket“ der schwarz-roten Landesregierung vorgestellt. Mit diesem wird faktisch ein Teil der zum laufenden Schuljahr vorgenommenen Kürzungen an den Schulen zurückgenommen.

Das um 300 Stellen gekürzte Volumen des Sozialindexes soll zum nächsten Schuljahr wieder um 100 und zum übernächsten Schuljahr noch einmal um weitere 100 Stellen aufgestockt werden. Auch wenn dies nicht als Teil des Pakets ausgewiesen ist, wurde auf Nachfrage bestätigt, dass auch die Kürzung bei den binnendifferenziert arbeitenden integrierten Gesamtschulen, wie bereist zuvor angekündigt, zum kommenden Schuljahr zurückgenommen werden soll.

In der 1. Klasse soll die im Koalitionsvertrag angekündigte zusätzliche Deutschstunde eingeführt werden, allerdings erst zum Schuljahr 2028/2029. Mathematik-Mitlaufkurse zur individuellen Förderung sollen zum Schuljahr 2027/2028 in der Jahrgangsstufe 1 starten, ab dem folgenden Schuljahr auch in Jahrgangsstufe 2. In der gleichen zeitlichen Abfolge soll das neue Fach „KI und Digitale Welt“ in den Jahrgangsstufen 5 und 6 als Pflichtfach im Umfang von jeweils einer Wochenstunde ausgerollt werden. Des Weiteren wurden unter anderem eine tägliche Lesezeit in der 3. und 4. Klasse, ein Medienführerschein in der 4. Klasse sowie eine Mathematik-Fortbildungsoffensive angekündigt. Der Gesamtumfang der Maßnahmen wird mit 50 Millionen Euro oder 680 Stellen beziffert.

Die GEW Hessen bewertet das Paket als einen Erfolg der Proteste, die sie gemeinsam mit Eltern und Schüler:innen organisiert hat. *„Hessenweit haben tausende Kolleg:innen gegen die Kürzungen im Bildungsbereich demonstriert. Insbesondere die Kürzungen bei den integrierten Gesamtschulen und den Sozialindexstellen sorgten auch für Protest von Schüler:innen und Eltern. Gemeinsam haben wir erreicht, dass die Landesregierung ihre Sparpläne zulasten der hessischen Schulen nun in Teilen revidiert“*, kommentierte Thilo Hartmann. Dennoch sei dies nicht ausreichend, denn: *„Die gesellschaftlichen Herausforderungen werden in den kommenden Jahren zunehmen. Daher brauchen wir neben der angekündigten Neuberechnung des Sozialindexes auch einen weiteren Ausbau.“*

Gut 30.000 Menschen, darunter zahlreiche GEW-Mitglieder, haben am Samstag, den 26. September, in Frankfurt gegen den aktuellen Sozialabbau protestiert. Der DGB hatte deutschlandweit in 15 Städten zu Demonstrationen aufgerufen. Heike Ackermann sprach zum Auftakt bei bestem Wetter auf dem Willy-Brandt-Platz zu den Teilnehmenden aus Gewerkschaften und Sozialverbänden. Die auf den Demonstrationszug durch die Innenstadt folgende Hauptrede auf dem überfüllten Opernplatz hielt der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke (auf dem Bild in der Mitte, neben Natalie Jopen, Landesbezirksleiterin von ver.di, und Thilo Hartmann). Er stellte zutreffend unter Applaus fest: „Gute Arbeit, ein starker Sozialstaat und eine verlässliche Rente sind keine Belastung, sondern das Fundament für eine gerechte Gesellschaft und eine starke Wirtschaft. Unsere Botschaft ist klar: Was wir uns hart erarbeitet haben, das lassen wir uns nicht nehmen."

Vierte Schulleitungstagung der GEW Hessen: Schulleiter:innen fordern mehr Ressourcen für die Bildung

Am 22. September fand in Rüsselsheim die vierte Schulleitungstagung der GEW Hessen statt. Eingangs präsentierte Prof. Dr. Dirk Richter von der Universität Potsdam zentrale Ergebnisse der neuesten Ausgabe des Deutschen Schulbarometers der Robert Bosch Stiftung. Daran schloss sich eine intensive Diskussion an, in der auch die Folgen der Kürzungen im Kultushaushalt und die hohe Arbeitsbelastung der Schulleitungen thematisiert wurden.

Ein weiteres Thema war die neue GEW-App zur Arbeitszeiterfassung. Thilo Hartmann forderte das Kultusministerium auf, die Erfassung der Arbeitszeit von Lehrkräften nicht länger zu blockieren: *„Das gerade ergangene Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Ausgleich von Mehrarbeit verdeutlicht, wie wichtig die systematische Erfassung der Arbeitszeit von Lehrkräften ist. Nur so kann Zuvielarbeit überhaupt sichtbar und kontrolliert werden."*

Am Ende der Tagung verabschiedeten die Teilnehmenden eine Resolution. Sie weist auf den weiteren Anstieg und die hohe Gesamtzahl der unbesetzten Schulleitungsstellen in Hessen hin. Diese Entwicklung belege, dass die Rahmenbedingungen immer unattraktiver werden. Gründe für die hohe Arbeitsbelastung von hessischen Schulleitungen seien unter anderem zu geringe Verwaltungskapazitäten, eine zu hohe Unterrichtsverpflichtung und ein Zuviel an Bürokratie. Belastend sei häufig auch die Arbeitsplatzgestaltung, die bauliche und räumliche Situation der eigenen Schule sowie das Fehlen von pädagogischem Personal. Die Schulleiter:innen forderten die Landesregierung dazu auf, deutlich mehr Ressourcen für den Bildungsbereich bereitzustellen.

Koalition plant Änderungen beim Vorbereitungsdienst

Ein von der Koalition aus CDU und SPD vorgelegter Gesetzentwurf sieht umfassende Einschnitte in den Vorbereitungsdienst vor. Die GEW Hessen bewertet insbesondere die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung kritisch. Auch die vorgesehene Verkürzung von 21 auf nur noch 18 Monate gefährdet nach ihrer Einschätzung die Qualität der Lehrkräftebildung. Thilo Hartmann äußerte sich wie folgt: *„Die zu haltende Stundenzahl soll von maximal 12 auf bis zu 16 Stunden massiv erhöht werden. Dabei zeigen Umfragen bereits jetzt eine sehr hohe Belastung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst."* Wer auf andere Bundesländer verweise, deren Vorbereitungsdienst bereits auf 18 Monate verkürzt worden ist, vergleiche „Äpfel mit Birnen". Denn das Studium sei in Hessen im Lehramt an Grundschulen und im Lehramt an Haupt- und Realschulen deutlich kürzer.

Zum Inhaltsverzeichnis

„Wer war Franz Leuninger?“

Wie die Frage eines Grundschulkinds Schulentwicklung initiierte

Nicole Schäfer

„Wer war eigentlich Franz Leuninger?“ Mit dieser Frage eines Kindes startete vor über 20 Jahren der Schulentwicklungsprozess im Bereich der politischen Bildung und Demokratiebildung an der Franz-Leuninger Schule, einer inklusiven Grundschule in Mengerskirchen im Landkreis Limburg-Weilburg. Die Schulleiterin Nicole Schäfer berichtet in diesem Beitrag, welche demokratischen Strukturen zur Mitbestimmung an ihrer Schule etabliert wurden und wie historische und gesellschaftliche Inhalte in den Unterricht integriert werden.

Während wir als Schulgemeinschaft damals darüber nachdachten, wie man unseren Schüler:innen die Geschichte des Namensgebers unserer Schule näherbringen kann und inwiefern dabei auch eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus möglich wird, kamen einige Kinder selbst auf eine Idee: Sie hatten im Wald nahe der Schule ein verrottetes Holzkreuz entdeckt und schlugen vor, dieses aufzuarbeiten und auf den Schulhof zu stellen. Es stellte sich heraus, dass die Familie von Franz Leuninger dieses Kreuz zum Gedenken an ihn aufgestellt hatte. Wir freuen uns darüber, dass mittlerweile ein erneuertes Gedenkkreuz zentral auf unserem Schulhof steht und zur Auseinandersetzung mit unserer Geschichte anregt.

Ein Impuls zur Schulentwicklung

Im Laufe der Zeit entstand eine umfassende Unterrichtseinheit zum Thema Nationalsozialismus, Widerstand und Franz Leuninger, die seitdem mit allen 4. Klassen der Schule durchgeführt wird. Beginnend mit Fragen wie „Was ist eigentlich ein Held oder eine Heldin?“, „Wer ist deine größte Heldin, dein größter Held?“ und „Gibt es auch in deinem Alltag Helden?“ erstellen die Kinder zu Beginn der Einheit jeweils eine individuelle Heldenmappe. Im Anschluss beschäftigen sich die Lerngruppen mit „Der überaus starke Willibald“, einer Parabel von Willi Fährmann, die die Zeit des Nationalsozialismus anhand der Geschichte eines Mäuserudels erzählt. Das Rudel entwickelt sich nach der Machtübernahme von einer friedlichen Gemeinschaft in eine Diktatur, in der Willibald Ängste schürt und Kritiker wie seine Gegenspielerin Lilli ausgrenzt.

Ausgehend von dieser Geschichte setzen sich die Schüler:innen unter anderem damit auseinander, wie Macht entsteht und wie Menschen manipuliert werden. Sie diskutieren außerdem, warum Freiheit und Zusammenhalt wichtig sind. Die Schüler:innen lernen darüber hinaus weitere Personen kennen, die sich gegen die nationalsozialistische Diktatur und für demokratische Rechte eingesetzt haben. Sie beschäftigen sich mit Sophie und Hans Scholl und ihrem Mut, Widerstand zu leisten. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung entwickeln die Kinder eigene Ideen, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Häufig wächst bei einigen Kindern im Verlauf der Einheit ein noch größeres Interesse. Für sie eröffnen wir die Möglichkeit, Anne Frank näher kennenzulernen – als Mädchen mit eigenen Gedanken, Wünschen und Hoffnungen.

Bisher endete die Einheit mit einem Zeitzeugengespräch: Herbert Leuninger, der Neffe von Franz Leuninger, besuchte die 4. Klassen und beantwortete die im Laufe der Einheit entstandenen Fragen. Da dies heute nicht mehr möglich ist, Herbert Leuninger ist inzwischen leider verstorben, wurde eine andere Form der Begegnung mit der Vergangenheit entwickelt: der Heldenspaziergang. Gemeinsam mit einem Historiker besuchen die Viertklässler wichtige Orte regionaler Erinnerungskultur, etwa das Geburtshaus von Franz Leuninger, das Haus, in dem sich in der NS-Zeit eine Jüdin versteckte, und den jüdischen Friedhof. Das große Interesse, die zahlreichen Fragen und die

Über die Auseinandersetzung mit der Parabel „Der überaus starke Willibald“ nähern sich die Kinder der 4. Klasse an der Franz-Leuninger-Schule dem Nationalsozialismus und der Biographie des Namensgebers ihrer Schule an. Bild: Franz-Leuninger-Schule Mengerskirchen.

engagierte Auseinandersetzung der Schüler:innen während der gesamten Einheit zeigen, wie intensiv die Beschäftigung mit regionaler Geschichte bereits in der Grundschule sein kann. Sie bietet Chancen für zentrale Anliegen historisch-politischer Bildung: Die Schüler:innen setzen sich mit Vergangenheit auseinander und entwickeln ein Bewusstsein für deren Bedeutung als Teil ihrer eigenen Lebenswelt.

Demokratie im Schulalltag erleben

Politische Bildung beginnt an unserer Grundschule im 1. Schuljahr und wird im Sinne des Spiralcurriculums erweitert: Ab Klasse 1 erleben die Kinder, was Partizipation, Mitgestaltung und das Übernehmen von Verantwortung bedeuten. Im Klassenrat und im Schüler:innenparlament diskutieren sie und formulieren ihre Anliegen für die wöchentlich stattfindende Schulversammlung. Diese wird immer von einer Klasse verantwortet und moderiert. Unter einem eigenen Tagesordnungspunkt gibt es Raum für die Belange der Kinder. Spannend ist auch der Prozess der Schulsprecher:innenwahl, die mit der Vorstellung der Kandidierenden, ihrer Persönlichkeit und ihrer Ziele beginnt. In der sogenannten „Elefantenrunde“ stellen sich die Kandidierenden den Fragen der „Journalist:innen“, bevor dann die demokratische Wahl stattfindet.

In Klasse 3 folgt eine Unterrichtseinheit zu den Kinderrechten. Zu Beginn der Einheit erörtern die Kinder den Unterschied zwischen Wünschen und Bedürfnissen. Ausgehend von ihren eigenen Überlegungen formulieren sie Rechte, die aus ihrer Sicht für jedes Kind gelten sollten. Anschließend lernen sie die Kinderrechte der Vereinten Nationen kennen und setzen sich vertieft mit einzelnen Rechten auseinander. Was bedeutet zum Beispiel das Recht auf Bildung? Die Kinder schauen einen Film zu den abenteuerlichsten Schulwegen der Welt oder kommen mit Schüler:innen afrikanischer Schulen ins Gespräch. Auch das Kinderrecht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht wird thematisiert. Die Kinder erfahren, in welchen Regionen der Welt Menschen von Krieg betroffen sind und setzen sich mit Gründen für Flucht auseinander.

Individuelle Lernwege

Im Rahmen der weiteren Schulentwicklung erproben wir derzeit das „Lernwegekonzept“. Dabei geht es darum, Kinder auf ihrem individuellen Lernweg zu begleiten. Sie werden darin gefördert, zunehmend Verantwortung für ihr eigenes Lernen und das gemeinsame Zusammenleben zu übernehmen. Schritt für Schritt können sie sich neue Räume und Möglichkeiten eröffnen. Bindung, Orientierung und passende Angebote schaffen in diesem Konzept einen verlässlichen Rahmen für die Schüler:innen. Beispielsweise unterstützen regelmäßige Feedbackgespräche mit den Klassenlehrer:innen die Kinder dabei, ihren Lernweg zu reflektieren. Wir arbeiten daran, unsere Schule zu einem Erfahrungsraum weiterzuentwickeln, in dem Kinder das Zusammenlernen und -leben aktiv mitprägen. Begleitet werden sie dabei von unserem neuen Maskottchen, der Eule „Leuni“, die in ihrem Namen die Erinnerung an Franz Leuninger weiterträgt. „Leuni“ wurde von unseren Schüler:innen entworfen und anschließend in einem demokratischen Abstimmungsverfahren ausgewählt.

Der Einblick in die Praxis unserer Schule zeigt, dass politische Bildung bereits in der Grundschule einen festen und vielfältigen Platz einnehmen kann. Sie beschränkt sich nicht auf einzelne Unterrichtseinheiten, sondern wird als stetiger Schulentwicklungsprozess verstanden, der Unterricht und Schulleben gleichermaßen prägt. Ausgangspunkte sind dabei immer auch die Fragen, Bedürfnisse und Wünsche der Schüler:innen. So erfahren sie, dass ihre Stimmen gehört werden und sie ihr Lern- und Lebensumfeld aktiv mitgestalten können. Politische Bildung eröffnet damit Räume für Weltverstehen, Beteiligung und demokratische Selbstwirksamkeit – und dies sollte bereits in der Grundschule beginnen.

Nicole Schäfer ist Schulleiterin der Franz-Leuninger-Schule, einer inklusiven Ganztagsgrundschule in Mengerskirchen. Die Franz-Leuninger-Schule wurde 2018 mit dem zweiten Platz des Deutschen Schulpreises ausgezeichnet.

Franz Leuninger (1898 – 1945)

Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Franz Leuninger wurde 1898 in Mengerskirchen als drittes von neun Kindern einer katholischen Bauernfamilie geboren. Er erlernte das Maurerhandwerk und schloss sich dem christlichen Bauarbeiterverband an. Als Mitglied der Zentrumspartei zog er 1930 in das Breslauer Stadtparlament ein und kandidierte im März 1933 für den Reichstag.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde Leuninger Geschäftsführer der gemeinnützigen Breslauer Siedlungsgesellschaft „Deutsches Heim“, unterstützte Verfolgte und Gegner des NS-Regimes. So kam er mit den Widerstandsgruppen um Carl Goerdeler und Ludwig Beck in Kontakt. Für den Fall eines erfolgreichen Umsturzversuchs war er als Oberpräsident der Provinz Schlesien vorgesehen.

Nach dem Scheitern des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 wurde Leuninger am 26. September in Breslau verhaftet und für mehrere Monate im Berliner Zellengefängnis Lehrter Straße inhaftiert. Am 26. Februar 1945 verurteilte ihn der Volksgerichtshof zum Tode. Am 1. März 1945 wurde er in das Strafgefängnis Plötzensee überstellt und dort noch am selben Tag ermordet.

Der „Pakt für berufliche Schulen“

Politische Bildung im Lernfeldkonzept als Gestaltungsraum

Bettina Zurstrassen

Im bildungspolitischen Diskurs wird politische Bildung an beruflichen Schulen – es wird die Begrifflichkeit der KMK übernommen – oftmals als kurzzeitige Interventionsmaßnahme zur Bewältigung demokratisch-gesellschaftlicher Krisen in die Verantwortung genommen. Hiermit überfordert man jedoch den Bildungsbereich, weil politisch-demokratische Bildungsarbeit langfristige, kontinuierliche pädagogische Zusammenarbeit erfordert, um Wirksamkeit zu entfalten. Kurzinterventionen, das belegen empirische Studien zur Wirkung von zeitlich eng definierten Bildungsangeboten (wie z. B. auch bei Lehrkräftefortbildungen), erzielen kaum nachhaltige Effekte, weil es zumeist nicht gelingt, bestehende Wissenskonzepte, soziale Vorurteile und Verhaltensroutinen aufzubrechen. Notwendig sind Strukturen, die gute politische Bildungsarbeit ermöglichen.

Dieser Intention scheint der von der Bildungsministerkonferenz und dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend verabschiedete „Pakt für berufliche Schulen“ zu folgen. An diesem sind auch Vertretungen der Sozialpartner, der Lehrerverbände, der Schulträger, der Wissenschaft und der Bundesschülerkonferenz beteiligt. Er zielt auf eine konzeptionelle Systementwicklung, um berufliche Schulen im Hinblick auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen zukunftsfähig zu machen (KMK 2025a). Für den ersten Arbeitszyklus wurde Demokratiebildung und Sprachbildung ausgewählt.

Die Kommission empfiehlt für die Demokratiebildung (ebd. 2025b, S. 6-8), dass

- demokratische Kompetenzen sowie das Bewusstsein für gesellschaftliche Werte als integrative Bestandteile in allen berufsbezogenen und berufsübergreifenden Fächern verankert werden sollten.
- eine Verknüpfung zwischen berufsbezogenem und berufsübergreifendem Unterricht den Schülerinnen und Schülern ermöglichen sollte, die Relevanz demokratischer Werte zu erkennen und zu verstehen.
- Demokratie- und Wertebildung in der Schulentwicklung und Schulkultur verbindlich verankert werden sollte, z. B. über Zielvereinbarungen zwischen Schulaufsicht und Schulleitung.
- Demokratie- und Wertebildung in allen Phasen der Lehrkräfteausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung als verpflichtender Bestandteil verankert werden sollte, damit insbesondere die didaktische Entwicklungskompetenz der Lehrkräfte nachhaltig gestärkt wird.
- die Forschungsbedarfe systematisch identifiziert und der Praxistransfer zur Demokratie- und Wertebildung etabliert werden sollten, z. B. zu den Themenbereichen Wirksamkeitsforschung hinsichtlich Demokratie- und Wertebildung im Bereich der beruflichen Schulen sowie gestaltungsorientierte Forschung zur Stärkung der Lehrkräfte.

Im „Pakt für berufliche Schulen“ werden die bestehenden Handlungsbedarfe für Demokratiebildung sehr präzise erfasst, auch wenn die harten Strukturen (Ausweitung der Stundentafel, Einstellung von Fachlehrkräften etc.) unerwähnt bleiben. Als politisch Bildende ist man deshalb geneigt, müde abzuwinken. Programmatische Statements seitens der Bildungspolitik zur Bedeutung der Demokratiebildung gibt es dutzendfach, ohne dass sich an der oft beschriebenen prekären Situation der politischen Bildung substanziell etwas zum Positiven verändert. In diesem Beitrag aber soll der „Pakt für berufliche Schulen“ konstruktiv im Sinne einer Selbstverpflichtung der Bildungspolitik und der beteiligten Institutionen ausgelegt werden, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Empfehlungen umgesetzt werden können.

Befähigung demokratisch zu gestalten

Der „Pakt für berufliche Schulen“ empfiehlt die „Verknüpfung zwischen berufsbezogenem und berufsübergreifendem Unterricht“ (KMK 2025b, S. 6). Damit knüpft er an das Lernfeldkonzept an. Dieses ist konzeptionell prädestiniert für die Umsetzung des Paktes, weil es politisch-demokratische Bildung mit Inhalten der berufsbezogenen Unterrichtsfächer verbindet (ebd.). Die Verschränkung von politischer und beruflicher Bildung wird in der Berufspädagogik und in der sozialwissenschaftlich orientierten Politikdidaktik seit Jahrzehnten gefordert, dennoch ist das Lernfeldkonzept erst in Ansätzen an beruflichen Schulen umgesetzt. Es fehlte in der Implementationsphase an Lehrkräftefortbildungen, Lernmaterialien und curricularer Verbindlichkeit.

Das Lernfeldkonzept vereint mit Interdisziplinarität, Projektlernen und Lebensweltorientierung ein Bündel von didaktischen und lernmethodischen Ansätzen, die in der Cornelsen-Schulleiterstudie von den Befragten als Visionen für ein Lernen über den Fächerkanon hinaus genannt werden, um Unterricht und Schulen innovativer zu machen (FiBS 2022, S. 62). Auch wenn das Lernfeldkonzept nicht verabsolutiert werden sollte, muss man – werden die didaktischen Grundsätze der Schüler- und Lebensweltorientierung ernst genommen – dennoch realisieren, dass erstens für die Lernenden

der Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt eine biografisch fordernde Lebensphase ist. In dieser Phase ist das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen hoch. Die Lernenden sind auf der Suche nach politischem Deutungs- und Orientierungswissen, um neue Erfahrungen und Anforderungen zu bewältigen. Zweitens ist zu konstatieren, dass Erfahrungen in der Arbeitswelt und die Auseinandersetzung mit berufsbildtypischen Handlungssituationen und Strukturen viele politische Lern- und Gestaltungsanlässe eröffnen. Es bedarf oft keines „künstlich" konstruierten Lernarrangements, vielmehr können Fallbeispiele aus der Berufs- und Arbeitswelt der Lernenden sowie aktuelle politische Debatten (z. B. Forderungen zur Abschaffung der 35-Stundenwoche in der Metall- und Elektroindustrie) für die Demokratiebildung didaktisch aufbereitet werden.

Das bedeutet nicht, dass die Lernenden in ihren Lebenswelten verfangen bleiben. Ausgehend von lebensweltlichen Situationen werden die dahinterliegenden gesellschaftlichen Probleme und Strukturen herausgearbeitet (Gagel 1986, S. 33-40). Methodisch kann dies etwa in Form von systematischen Fall- oder Problemanalysen erfolgen, die in Rollenspielen, Pro- und Contra-Debatten etc. durchgespielt werden, um Argumente und Handlungsstrategien zu entwickeln und die eigenen Positionen und Interessen – in sozialer Verantwortung – vertreten zu können. Der Transfer der erworbenen politischen und demokratischen Fähigkeiten in konkretes Handeln in der Berufs- und Arbeitswelt und in anderen Lebenswelten dürfte so erleichtert werden (Theorie-Praxis-Transfer-Problematik).

Auch lernortübergreifende Angebote sind anschlussfähig. Politisch-demokratische Bildung in Lernfeldern eröffnet den Raum für politisches Gestalten, auch indem Synergieeffekte entstehen und die Ressourcen der Unterrichtsfächer optimiert genutzt werden können. Damit Lehrkräfte zeitliche Ressourcen für die Konzeption der Lernfelder und -situationen erhalten, wäre zudem eine Arbeitsentlastung erforderlich (z. B. Bürokratieabbau beziehungsweise zentralisierte Übernahme bürokratischer Abläufe durch Sachbearbeiter:innen, Unterstützung durch Sozialarbeit).

Demokratische Resilienz stärken

Das Lernfeldkonzept bindet systematisch und in elaborierter Weise alle Lehrkräfte in die unterrichtliche Demokratiebildung ein und befördert so eine demokratische Schulkulturentwicklung (KMK 2025b). Hierzu wäre es erforderlich, an Schulen eine Auseinandersetzung mit einem gemeinsamen Verständnis von Demokratie zu initiieren. Lehrer:innenkollegien müssen den Einsatz für die Sicherung der Demokratie und für Demokratiebildung als gemeinsame politische Gestaltungsaufgabe annehmen. Demokratie ist mehr als politische Partizipation. Es geht darum, gemeinsame demokratische, an den Grund- und Menschenrechten orientierte Werte zu definieren, zu vertreten, (vorzu-)leben, zu vermitteln und zu verteidigen. Es geht nicht nur darum, die demokratische Resilienz der Schüler:innen zu stärken, sondern auch die der beruflichen Schulen. Eine rechtsextreme Landesregierung würde ihr Augenmerk, nicht nur aufgrund der Kulturhoheit der Länder, vermutlich zunächst auf die Bildungspolitik richten, um ihre politischen Zielsetzungen gesellschaftlich zu verankern.

Dr. Bettina Zurstrassen ist Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld.

Literatur

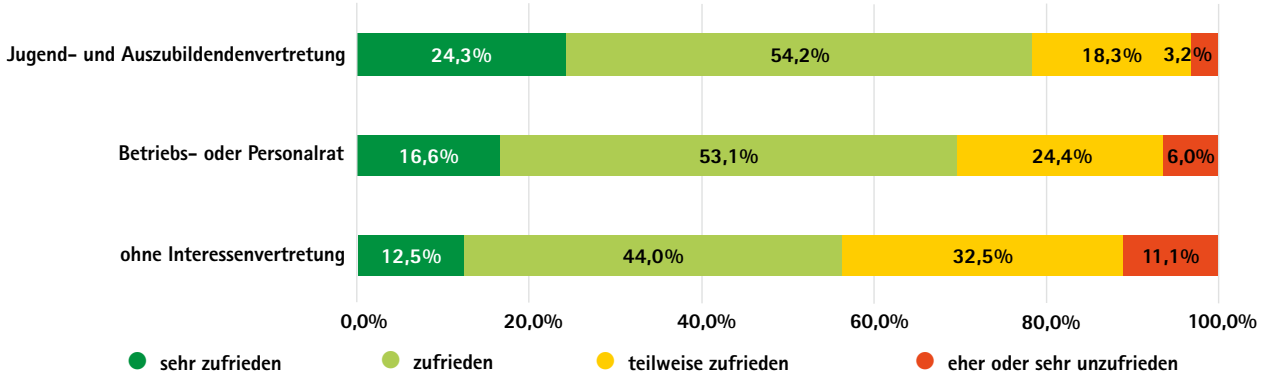
FiBS (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie) (2022): Schule zukunftsfähig machen. Cornelsen Schulleitungsstudie 2022. Berlin.

Gagel, W. (1986): Von der Betroffenheit zur Bedeutsamkeit. Der Zusammenhang zwischen subjektiver und objektiver Betroffenheit als Erkenntnisprozess. In: Gegenwartskunde 1/1986, S. 31-44.

Kultusministerkonferenz (KMK) (2025a): Pakt für berufliche Schulen. Online verfügbar unter: *https://tinyurl.com/weyps7v3*

Kultusministerkonferenz (KMK) (2025b): Pakt für berufliche Schulen. Handlungsempfehlungen zum ersten Arbeitszyklus. Online verfügbar unter: *https://tinyurl.com/44b6hmk6*

Zufriedenheit mit der Ausbildung in Abhängigkeit von der Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung



Die Zufriedenheit von Auszubildenden mit ihrer Ausbildung ist größer, wenn diese in einem Betrieb mit Betriebs- oder Personalrat sowie Jugend- und Auszubildendenvertretung stattfindet. Das ist eines der Ergebnisse des aktuellen DGB-Ausbildungsreports (siehe auch S. 38). Aktuelle betriebliche Themen und Konflikte sowie die dahinter liegenden gesellschaftlichen Strukturen stellen einen hervorragenden Ausgangspunkt für eine lebensweltorientierte politische Bildung am zweiten Lernort, der Berufsschule, dar. Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2026

Zum Inhaltsverzeichnis

Politische Medienbildung Jugendlicher

Ziele und Gegenstände am Beispiel politischer Kurzvideos

Julian Ernst

„Echte Männer sind rechts“ – mit diesem markigen und auf verschiedenen Ebenen problematischen Spruch hat ein Politiker der *Alternative für Deutschland* (AfD) 2023 in einem Kurzvideo auf TikTok von sich reden gemacht (TikTok-Account von Maximilian_Krah.AfD, 2023). Große Aufmerksamkeit hat Anfang 2025 auch das Kurzvideo einer Spitzenpolitikerin der Partei *Die Linke* erfahren: ein knapper Zusammenschnitt ihrer Rede im Bundestag, in der sie eine gemeinsame Abstimmung von Union und AfD anprangert und zum Widerstand aufruft: *„Auf die Barrikaden!“* (TikTok-Account von Heidi Reichinnek, MdB, 2025).

Ausgangspunkt und Ziele

Bei allen inhaltlichen Unterschieden: Beide Kurzvideos stehen beispielhaft für politische Kommunikation unter Bedingungen digitaler Plattformen und dafür, wie gerade Jugendliche im Alltag mit Spitzenpolitiker:innen und ihren Positionen in Berührung kommen. Digitale Plattformen wie Instagram, TikTok und YouTube sind für die politische Information (nicht nur) Jugendlicher zentral. In einer repräsentativen Befragung von Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren gibt etwa ein Viertel an, dass Inhalte zu „Gesellschaft und Politik“ in ihrem personalisierten Feed auftreten und für sie von Interesse sind (mpfs 2026, S. 14). Politischen Inhalten wird dabei auch unabhängig vom Interesse am politischen Geschehen begegnet (ebd., S. 28).

Social Media spielt für Jugendliche eine zentrale Rolle, auch wenn es um Informationen zu politischen Themen geht, Bild: IMAGO / Dreamstime

Die beiden Videos sind zudem exemplarischer Ausgangspunkt für das, was man als „politische Medienbildung“ bezeichnen kann. Diese ist an der Schnittstelle von politischer Bildung und Medienbildung angesiedelt. Ihr Ziel ist es, Gelegenheiten zur analytisch-reflexiven Auseinandersetzung mit politischen Artikulationen wie diesen zu schaffen. Damit schafft sie zentrale Voraussetzungen für eine demokratische Öffentlichkeit und ermöglicht kritisches, selbstbestimmtes Handeln. Politische Medienbildung sollte dabei mehr sein als wahlweise die instrumentelle Nutzung von Medien(technologien) zur Vermittlung politischer Inhalte im Politikunterricht oder die Thematisierung politischer Inhalte „in den Medien“ im Rahmen medienpädagogischer Lernarrangements. Diese Perspektive wird dem Verhältnis von Politik und digitalen Medien nicht gerecht. Eine zeitgemäße politische Medienbildung sollte die Felder *Artikulation, Rezeption, Plattform* und *Nutzung* zusammendenken. Welche didaktischen Gegenstände sich hieraus ergeben, wird in den beiden Folgeabschnitten exemplarisch beleuchtet.

Artikulation und Rezeption

Angesichts des Erstarkens populistischer Akteure erscheint es zunächst nachvollziehbar, auf den Inhalt einer entsprechenden *Artikulation* analytisch zu fokussieren – die Botschaft und deren ideologischer Gehalt und historisch-politischer Kontext kann als anhaltend zentraler Gegenstand politischer Bildung wie auch der Medienbildung erachtet werden. Allein auf die Botschaft abzuheben wird dem medialen Phänomen des Kurzvideos jedoch nur eingeschränkt gerecht. Es bedarf ebenfalls der Auseinandersetzung mit der medialen Form beziehungsweise dem Format einer entsprechenden Artikulation – nicht für sich, sondern in Verbindung mit deren Botschaft. Das mediale Format stellt nicht die sprichwörtliche „Verpackung“ der Botschaft dar, sondern ist eher als deren Struktur zu denken. Sie konfiguriert die Botschaft grundlegend: Die kurzen Schnitte und die Gesamtlänge stehen in Wechselwirkung zu den zugespitzten Statements, Aufforderungen und starken Bildern visueller und verbaler Art.

Das Ineinandergreifen von Inhalt und Form kann nicht sinnvoll gedacht werden ohne deren *Rezeption*: Was eine mediale Artikulation für Jugendliche bedeutet, hängt nicht allein an der inhaltlichen und formalen Gestaltung, sondern auch an der/dem Rezipient:in. Rezeptionsprozesse sind bedingt durch bestimmte situative Bedürfnisse (z. B. zur Information im Vorfeld einer Wahl, zur Unterhaltung oder um an Konversationen mit den Peers teilhaben zu können), gemachte Er-

fahrungen (z. B. Wissen über die jeweiligen politischen Akteure oder erlebte Diskriminierung) und die Entwicklung der Rezipient:innen (z. B. Fähigkeiten zur Perspektivübernahme) (vgl. Tulodziecki, Herzig & Grafe 2021, S. 51ff.). Diese Faktoren können zu sehr unterschiedlichen Deutungen desselben Videoclips beitragen: Wurde der Clip etwa bewusst im Rahmen der Informationssuche abgerufen? Oder ist er beiläufig rezipiert worden, gleich nach einem Gaming-Video oder vor den Ernährungstipps einer Fitnessinfluencerin? Welche Überzeugungskraft eine politische Artikulation bei Jugendlichen entfaltet, hängt unter anderem von diesen Fragen ab.

Plattform und Nutzung

Die inhaltliche und formale Gestaltung einer Artikulation ist verwoben mit der *Plattform*, auf der diese veröffentlicht wird. Die politischen Kurzvideos folgen in ihrer Gestaltung plattformspezifischen Regeln der Aufmerksamkeitsökonomie. Algorithmische Empfehlungssysteme, die auf diesen Plattformen zum Einsatz kommen und kontinuierlich verändert und angepasst werden, priorisieren nicht notwendigerweise eine ausgewogene oder – im Sinne eines zentralen Prinzips historisch-politischer Bildung – kontroverse Auswahl politischer Inhalte. Sichtbarkeit und „Reichweite“ werden nicht notwendigerweise durch inhaltliche Qualität hergestellt, sondern durch die spezifische Gestaltung der Form: etwa durch eine reißerische Aufmachung, die den Inhalt „viral“ gehen lässt, oder ein Vorschaubild, ein sogenanntes Thumbnail, das neugierig auf den dahinterstehenden Content macht. Die Spielregeln dieses „visibility game“ (Cotter 2019) der Plattformbetreiber haben professionelle politische Akteur:innen wie Urheber:innen der angeführten Videos längst verinnerlicht.

Verbindungen bestehen auch zur *Nutzung* der Plattform. Sie lässt sich analog zur Rezeption betrachten: Auch hier sind es nicht allein die Features einer Plattform, die deren Nutzung determinieren, sondern auch die Rezipient:innen beziehungsweise Nutzer:innen, die ihre je eigenen Bedürfnisse, Erfahrungen und auch Fähigkeiten an diese herantragen (Davis, 2020). Wird über politische Inhalte im Feed „gestolpert“ oder sucht man gezielt nach diesen? Werden bestimmte Accounts abonniert, blockiert oder bestimmte Inhalte mittels anderer Strategien, etwa durch gezieltes „Weiterswipen“, vermieden? Teilt man bestimmte politische Inhalte im Peerkontext (nicht)? Und unter welchen Bedingungen werden politische Inhalte selbst kommentiert? Wie Jugendliche Plattformen nutzen, bedingt, welchen politischen Artikulationen sie begegnen, Beachtung schenken und welche sie gegebenenfalls selbst vornehmen.

Perspektiven für die Medienbildung

Insgesamt steht die politische Medienbildung vor der Herausforderung, Jugendlichen politische Artikulationen wie Kurzvideos in ihrer medialen und sozio-technischen Komplexität zugänglich zu machen. Diese lässt sich heuristisch in die Felder Artikulation, Rezeption, Plattform und Nutzung aufschlüsseln, die eher analytische (Artikulation, Plattform) oder reflexive Zugänge (Rezeption, Nutzung) erforderlich machen (siehe Tabelle).

Didaktische Arrangements etwa im Politikunterricht, die analytisch-reflexive Zugänge zu diesen Gegenständen ermöglichen, fördern nicht nur die kritische Urteilsfähigkeit Jugendlicher mit Blick auf politische Artikulationen wie die beispielhaft genannten Kurzvideos. Sie geben einem bedeutsamen Aspekt der Lebenswelt Jugendlicher Raum und nehmen sie als kompetente Mediennutzer:innen und Bürger:innen ernst. Insbesondere die reflexive Auseinandersetzung mit der eigenen Rezeption und Nutzung ist dabei hervorzuheben. Sie zielt auf ein selbstbestimmtes Handeln und ein kritisches Selbstverhältnis ab, in dem eigene Handlungsspielräume ausgelotet werden, ohne diese angesichts der Machtasymmetrie zwischen Nutzer:innen und großen Tech-Firmen zu überschätzen. An konkreten didaktischen Ansätzen zu arbeiten, die dies einlösen, erscheint aus meiner Perspektive wesentlich sinnvoller, als den von digitalen Medientechnologien geprägten Alltag Jugendlicher zur bildungspolitischen Projektionsfläche zu degradieren, wie es aktuell in aufgeheizten Debatten rund um Social-Media-Verbote geschieht.

Prof. Dr. Julian Ernst leitet die Professur für Medienpädagogik am Institut für Kindheits- und Schulpädagogik an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Literatur

Cotter, K. (2019): Playing the visibility game: How digital influencers and algorithms negotiate influence on Instagram. New Media & Society 21(4), S. 895-913. DOI: 10.1177/1461444818815684.

Davis, J. L. (2020): How Artifacts Afford. The Power and Politics of Everyday Things. MIT Press.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2026): JIMplus 2026. Digitales Wohlbefinden von Jugendlichen in Deutschland. Stuttgart.

Tulodziecki, G., Herzig, B. & Grafe, S. (2021): Medienbildung in Schule und Unterricht. 3. Aufl. Julius Klinkhardt.

Tabelle: Gegenstände politischer Medienbildung am Beispiel politischer Kurzvideos

Analytische Zugänge	Reflexive Zugänge
Artikulation Inhaltliche und formale Gestaltung	**Rezeption** Bedeutungsbildung vor dem Hintergrund situativer Bedürfnisse, Erfahrungen und der Entwicklung
Plattform Technische Gestaltung und algorithmische Regeln der Sichtbarkeit	**Nutzung** Interaktion mit der Plattform und eigene Artikulation vor dem Hintergrund von Bedürfnissen, Erfahrungen und Fähigkeiten

Eigene schematische Darstellung

Gute Lehrer:innenbildung

Professionalisierungserfordernisse im Lehramtsstudium

Imke Dzewas & Susann Gessner

Angesichts aktueller sozialwissenschaftlicher Befunde (1), die auf eine zunehmende Infragestellung demokratischer Werte und Einstellungen hinweisen, gewinnt die Frage nach der Stärkung demokratischer Orientierungen an Bedeutung. Insbesondere die Schule als ein zentraler Ort politischer Sozialisation rückt dabei in den Fokus, da ihr im Kontext von politischer Bildung als Fachunterricht und Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe eine besondere Relevanz zukommt. Auch politische und bildungspolitische Akteure fordern einen Ausbau sowie eine stärkere Verankerung entsprechender Angebote an Schulen (2). Vor diesem Hintergrund kommt der Didaktik der politischen Bildung im Lehramtsstudium eine besondere Bedeutung zu, da ihr die Aufgabe obliegt, die zukünftigen Lehrer:innen auf die Gestaltung gelingender politischer Bildungsprozesse und die damit verbundenen schulischen und unterrichtlichen Entwicklungsaufgaben vorzubereiten.

Aufgabe und Ziele des Studiums

Wie können angehende Lehrer:innen wissenschaftlich und professionsbezogen auf die Gestaltung von Schule und Unterricht vorbereitet werden? In den Bereichen von politischer Bildung als Fachunterricht und Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe geht es nicht primär darum, fachliches Wissen oder didaktische Methoden zu vermitteln, vielmehr müssen Studierende befähigt werden, Unterricht und Schule als soziale und politische Handlungsräume zu reflektieren und Bildungs- und Lernprozesse unter Bedingungen komplexer gesellschaftlicher Entwicklungen zu gestalten.

Wünschenswert wäre dabei, dass Studierende Theorie und Praxis nicht als voneinander getrennte, vielmehr als aufeinander bezogene Bereiche verstehen. Universitäre Fachdidaktik kann schulische Praxis nicht unmittelbar anleiten. Ihr Potenzial liegt jedoch darin, wissenschaftliche Perspektiven zu eröffnen, mit denen Studierende ihre Erfahrungen und Beobachtungen überhaupt erst reflektieren und hinterfragen können. Studierende sollten Unterricht nicht lediglich beobachten und bestehende Muster reproduzieren, sondern ihn theoriegeleitet analysieren und hinsichtlich seiner didaktischen, pädagogischen und demokratiebildungsbezogenen Möglichkeiten befragen. So können Kritik- und Innovationsfähigkeit in Bezug auf das eigene zukünftige bildungsbezogene Handeln gestärkt werden.

Lehramtsstudierende bringen besondere Voraussetzungen in die universitäre Ausbildung mit. Als ehemalige Schüler:innen verfügen sie über langjährige eigene Erfahrungen mit Schule und Unterricht und haben häufig konkrete Vorstellungen davon, was gute Lehrer:innen und guter Unterricht sind. In keinem anderen Studienfach bringen die Studierenden so intensive Erfahrungen aus dem Gebiet mit, in dem sie später selbst arbeiten wollen. Diese Vorstellungen können einerseits das Studium und die spätere Berufswahl motivieren, andererseits aber auch eine Hürde darstellen, sich auf neue und mitunter irritierende wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Modelle guten Lernens einzulassen.

Befragt man Studierende nach ihren Erwartungen, so äußern sie vielfach, dass das Studium ihnen die Mittel an die Hand geben soll, so zu unterrichten, wie sie es selbst kennengelernt haben. Nicht selten wird hier der Begriff des Werkzeugkastens bemüht, um diese Erwartung zu illustrieren. Die Annahme ist, dass ein Lehramtsstudium gut portionierbare und leicht verständliche (Wissens-) Bestände anbietet. Dieses Bedürfnis nach sicheren Wissensbeständen und Eindeutigkeit ist angesichts der aktuellen globalen politischen und gesellschaftlichen Krisen durchaus verständlich. Gleichwohl kann keine noch so praxisorientierte fachdidaktische und pädagogische Ausbildung diese Erwartung erfüllen. Politische Bildung im Sinne von Demokratiebildung ist eine voraussetzungsvolle und anspruchsvolle Aufgabe, die in Zeiten demokratischer Erosion besondere Anforderungen an das professionelle Selbstverständnis stellt.

Politische Bildungsprozesse

Wenn von Demokratiebildung die Rede ist, gerät der Bildungsbegriff häufig in den Hintergrund. Demokratiebildung setzt ein reflektiertes Bildungsverständnis voraus, da Bildungsprozesse über die bloße Aneignung von Wissen hinausgehen. Sie entstehen insbesondere dort, wo bisherige Deutungs- und Handlungsmöglichkeiten an Grenzen geraten und neue Formen des Welt- und Selbstverhältnisses entwickelt werden. Für politische Bildung als Fachunterricht und Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe ist dies von besonderer Bedeutung. Beide Bildungsaufgaben können nicht darauf reduziert werden, bestimmte Wissensbestände anzuhäufen. Demokratische Einstellungen oder normativ erwünschte Haltungen können nicht durch Unterricht unmittelbar hergestellt werden. Schule und Unterricht können jedoch Räume eröffnen, in denen Menschen unterschiedliche Perspektiven kennenlernen, Erfahrungen reflektieren, kontroverse Fragen bearbeiten und eigene Positionen im Austausch mit anderen entwickeln.

Für die Initiierung politischer Bildungsprozesse ist es wichtig, dass angehende Lehrer:innen die Heterogenität ihrer Schüler:innen ganz grundlegend als Chance für Lern- und Bildungsprozesse verstehen. Dabei geht es darum, die vielfältigen biografischen, sozialen und kulturellen Erfahrungshorizonte wahrzunehmen und zu reflektieren. Bedeutsam ist es hier, für diese Differenzen sensibilisiert zu sein, ohne sie zugleich zu essentialisieren oder mit pauschalisierenden Zuschreibungen zu verknüpfen. Das setzt voraus, dass Lehrer:innen selbst eine diskriminierungssensible und demokratische Haltung verkörpern und ihr pädagogisches Handeln daraufhin reflektieren. Demokratiebildung findet nicht ausschließlich über Inhalte statt, sondern auch in der Art und Weise, wie sich Lehrer:innen und Schüler:innen in der Schule und im Unterricht begegnen, wie Konflikte bearbeitet werden und welche Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung eröffnet werden. Die Lehrperson wird – bewusst oder unbeabsichtigt – immer auch zum Modell demokratischer Interaktion.

Demokratiebildung stellt keine neu hinzugekommene oder auf den Politikunterricht begrenzte Aufgabe dar. Sie ist als übergeordneter Bildungs- und Erziehungsauftrag konstitutiver Bestandteil schulischer Bildung. Schule als demokratischer Lernort betrifft deshalb die gesamte Schulgemeinschaft und alle Lehrer:innen – sowohl in der Gestaltung von Unterricht als auch in der Ausgestaltung des schulischen Zusammenlebens und der institutionellen Partizipationsmöglichkeiten. Alle Fächer sollten politische und gesellschaftliche Dimensionen ihrer jeweiligen Lerngegenstände aufgreifen. So können beispielsweise ökologische oder biotechnologische Fragestellungen im Biologieunterricht unter politischen, gesellschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Darüber hinaus muss Demokratie im schulischen Alltag stärker praktisch erfahrbar werden, etwa im Umgang mit Regeln und Konflikten, in Beteiligungsmöglichkeiten, Schülervertretungen, Debattierclubs oder anderen Formen gemeinsamer Entscheidungsfindung. Demokratiebildung ist sowohl Unterrichtsaufgabe als auch Aufgabe von Schulentwicklung und Schulkultur und gehört zum Selbstverständnis aller Lehrer:innen.

Zeitgemäßes Lehramtsstudium

Einen Beitrag zu einem zeitgemäßen Lehramtsstudium leistet das neue gesellschaftswissenschaftliche Pflichtmodul „Demokratiebildung und Nachhaltigkeit“ an der Philipps-Universität Marburg. Es zielt darauf, zukünftige Lehrkräfte auf die demokratiebezogenen Anforderungen ihres professionellen Handelns vorzubereiten und Demokratiebildung als integralen Bestandteil ihres Selbstverständnisses zu verankern. Das interdisziplinär ausgerichtete Modul verbindet Perspektiven der politischen Bildung, Soziologie, Philosophie und Bildungswissenschaften und wird von allen Lehramtsstudierenden belegt.

Die Studierenden erwerben die Fähigkeit, Schule und Unterricht sozialwissenschaftlich und theoretisch zu reflektieren, die Potenziale von Schule als demokratischem Lernort zu erkennen und auf dieser Grundlage sinnstiftende Lernsettings zu gestalten. Neben einem anspruchsvollen Lehramtsstudium braucht es darüber hinaus – in allen Phasen der Lehrer:innenbildung – verlässliche Rahmenbedingungen und ausreichende Ressourcen, um Demokratiebildung und Nachhaltigkeit in Schule und Unterricht dauerhaft und wirksam zu verankern.

(1) Zick, Andreas et al. (Hrsg.) (2025): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn. *https://tinyurl.com/44jfpzcn*

(2) Kultusministerkonferenz (KMK) (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018. *https://tinyurl.com/4fudf8kh*

Susann Gessner ist Professorin für Didaktik der politischen Bildung und Demokratiebildung an der Philipps-Universität Marburg. Imke Dzewas ist Studienrätin im Hochschuldienst am Arbeitsbereich Didaktik der politischen Bildung und Demokratiebildung der Philipps-Universität Marburg.

In Zeiten nationaler wie internationaler Krisen und Konflikte, in denen demokratische Prinzipien wie Toleranz, Pluralität und Freiheit ebenso wie rechtsstaatliche Verfahren und internationale Abkommen und Konventionen zunehmend infrage gestellt werden, zeigt sich: Rechtsfragen sind politische Fragen und politische Fragen sind auch Rechtsfragen. Politische Bildung bringt Politik und Recht in einen Dialog. Diesem Dialog widmet sich die interdisziplinäre Veranstaltungsreihe „Demokratie im Blick – Gespräche über politische Bildung und Recht“. In den kommenden Jahren thematisiert sie zentrale Herausforderungen und Schlüsselprobleme demokratischer Gesellschaften.

Den Auftakt bilden am **24. November 2026** ein Vortrag von **Prof. Dr. Sabine Mecking** sowie ein anschließendes Podiumsgespräch anlässlich des **80-jährigen Jubiläums der Hessischen Landesverfassung**. Auf dem Podium diskutieren:

- **Prof. Dr. Monika Böhm** (Landesanwältin am Staatsgerichtshof des Landes Hessen/Fachbereich Rechtwissenschaften, Philipps-Universität Marburg)
- **Felix Burghardt** (Fachbereich Rechtswissenschaften, Philipps-Universität Marburg/Stadtverordneter der Stadt Marburg & Initiator des Podcasts „Hesstory“)
- **Prof. Dr. Steffen Detterbeck** (Richter am Staatsgerichtshof des Landes Hessen/Fachbereich Rechtswissenschaften, Philipps-Universität Marburg)
- **Prof. Dr. Sabine Mecking** (Institut für Hessische Landesgeschichte/Zeitgeschichte, Philipps-Universität Marburg)

Die Auftaktveranstaltung **beginnt um 18 Uhr im Vortragsraum der Universitätsbibliothek Marburg**. Sie richtet sich an eine breite interessierte Öffentlichkeit ebenso wie an Studierende, Lehrende und politische Bildner:innen.

Zum Inhaltsverzeichnis

Theorie trifft Praxis und Reflexion

Ein Schreibgespräch zur zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung

Andreas Michael Füchter, Anke Hartung & Amrei Vieser

Für diesen HLZ-Schwerpunkt haben wir drei Ausbilder:innen aus Hessen zu einem Schreibgespräch über die zweite Phase der Lehrkräfteausbildung eingeladen. Dieses Format ermöglicht einen intensiven inhaltlichen Austausch, ohne dass ein physisches oder virtuelles Zusammenkommen erforderlich ist. Ein solches wäre aufgrund der Tätigkeit an unterschiedlichen Studienseminaren einerseits und angesichts der hohen beruflichen Belastung andererseits – erst recht seit der Verschlechterung der Betreuungsrelationen – zudem kaum möglich gewesen.

Dr. Andreas Michael Füchter, Anke Hartung und Amrei Vieser sind in unterschiedlichen Regionen tätig, darüber hinaus decken ihre Studienseminare die unterschiedlichen Schulformen ab: Andreas Füchter ist Fachleiter für das Fach Politik und Wirtschaft am Studienseminar für Gymnasien im südhessischen Heppenheim. Anke Hartung ist am Studienseminar für berufliche Schulen in Kassel tätig, somit in Nordhessen. Amrei Vieser ist als Ausbilderin am Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen im mittelhessischen Bad Vilbel tätig.

Der erste Teil des Schreibgesprächs dreht sich eher grundsätzlich um die Bedeutung des Vorbereitungsdienstes sowie der politischen Bildung. Auf der nächsten Doppelseite folgt der zweite Teil des Schreibgesprächs, in dem es stärker um die konkreten Rahmenbedingungen sowie die aktuellen Herausforderungen geht.

HLZ: Was kann der Vorbereitungsdienst möglicherweise anders oder besser leisten als das Studium oder die spätere Fortbildung?

Amrei Vieser: Die zweite Phase der Lehrkräftebildung hat für die Professionalisierung im Bereich politischer Bildung und Demokratiebildung eine besondere Bedeutung, weil hier fachliche und fachdidaktische Konzepte erstmals systematisch mit konkretem Unterrichtshandeln verbunden werden. Der Vorbereitungsdienst eröffnet damit einen Reflexionsraum, in dem Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) nicht nur fragen, was sie über Demokratie vermitteln, sondern auch, wie ihr eigenes professionelles Handeln demokratische Erfahrungen überhaupt ermöglicht oder gar begrenzt. Gerade im Haupt- und Realschulbereich zeigt sich dies besonders deutlich. LiV treffen auf eine kulturell und sozial in hohem Maße heterogen sozialisierte Schülerschaft, die unterschiedliche Wertorientierungen, gesellschaftliche Deutungsmuster und politische Vorstellungen in den Unterricht einbringt. Zugleich vollzieht sich politische Sozialisation zunehmend in digitalen Räumen. Kontroverse Themen gelangen dadurch unmittelbar, häufig emotionalisiert und personalisiert, in das Klassenzimmer.

Professionelles Handeln kann an konkreten Unterrichtssituationen erprobt, beobachtet, beraten und erneut reflektiert werden. LiV können lernen, unterschiedliche Positionen ernst zu nehmen, Kontroversität auszuhalten und produktiv zu gestalten, ohne auf fachliche Orientierung zu verzichten. Dazu gehört auch, die eigene politische Position reflexiv von der professionellen Rolle als Lehrkraft zu unterscheiden. Demokratiebildung wird damit zu einer Frage professioneller Haltung und konkreter Unterrichtsgestaltung. Ausbildung sollte LiV darin unterstützen, Heterogenität nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Ressource demokratischer Lernprozesse zu begreifen und Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, Unterschiede auszuhandeln, Widerspruch auszuhalten und eigene Urteile begründet zu vertreten. Gerade die Verbindung von theoretischer Reflexion, konkreter Erprobung und professioneller Beratung macht für mich die besondere Stärke aus.

Anke Hartung: Demokratische Grundwerte werden zunehmend infrage gestellt, gesellschaftliche Konflikte polarisiert ausgetragen. Für viele junge Menschen ersetzt TikTok längst die Tagesschau. Politiklehrkräfte müssen solche Entwicklungen aufgreifen, politische Urteilsbildung ermöglichen und eine klare Orientierung an der Freiheitlichen demokratischen Grundordnung vertreten. Doch wie reagiere ich auf rassistische Äußerungen? Wie plane ich politische Lernprozesse für meine heterogene Lerngruppe? Diese Fragen lassen sich nicht allein im Studium beantworten. Hier liegt für mich die Stärke des Vorbereitungsdienstes. Die Inhalte eines umfassenden Ausbildungscurriculums werden in Modulveranstaltungen erarbeitet, fließen in die Unterrichtsplanung ein und werden in der Praxis erprobt und reflektiert.

Seit über 20 Jahren beobachte ich als Ausbilderin zwischen dem ersten und fünften Unterrichtsbesuch enorme Fortschritte. LiV können am Ende anspruchsvollen Politikunterricht planen, durchführen und selbst erkennen, woran sich gelingende Lernprozesse zeigen. Diese systematische Verbindung von Theorie, Praxis und Reflexion ist eine besondere Stärke des Studienseminars. Fortbildungen müssen die Entwicklung später weiterführen. An beruflichen Schulen ist die Verantwortung besonders groß: Für viele junge Menschen bieten sie die letzte institutionalisierte Gelegenheit, politische Fragen systematisch zu bearbeiten. Gerade in der Berufsschule gilt es, politische Zusammenhänge mit den Erfahrungen

der Auszubildenden in Betrieb und Arbeitswelt zu verknüpfen. Dabei sind politisches Vorwissen und bereits erworbene Kompetenzen äußerst unterschiedlich ausgeprägt. Umso wichtiger ist fachlich fundierter Politikunterricht, der Interesse weckt und auch schwierige Konflikte nicht umschifft.

HLZ: Warum ist es aus Ihrer Sicht gerade heute wichtig, Demokratiebildung in Schule und Unterricht zu stärken, und welche Rolle kommt dabei Lehrkräften im Vorbereitungsdienst zu?

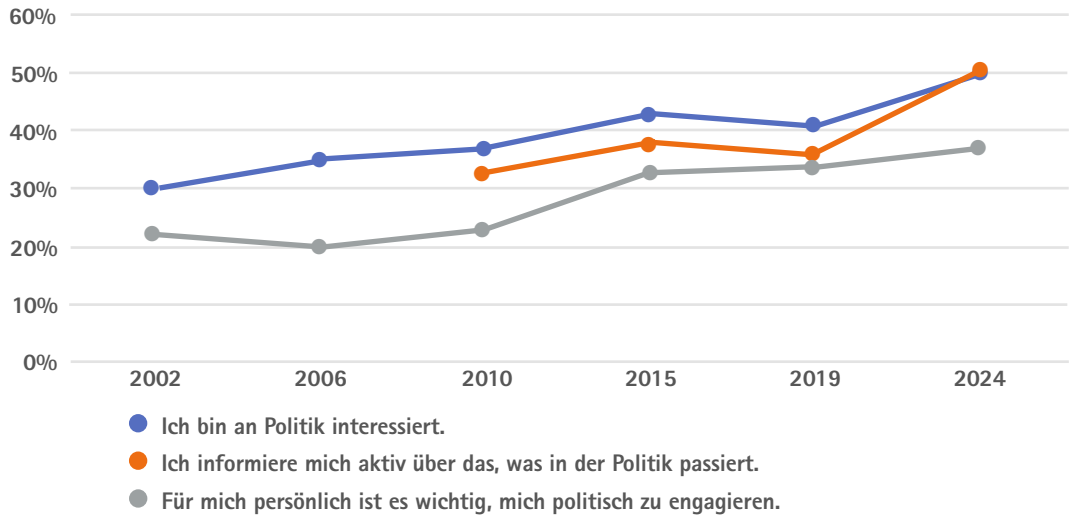
Andreas Füchter: Die verschiedenen Aspekte von Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe aller Unterrichtsfächer, als Kernaufgabe des Fachunterrichts Politik und Wirtschaft sowie als institutionelle Aufgabe aller Schulformen in einem demokratischen Verfassungsstaat sollten sich wechselseitig ergänzen und stärken. Dabei stehen in den drei zentralen Teilbereichen schulischer politischer Bildung verschiedene Aspekte im Vordergrund. Während der Politikunterricht insbesondere gezielt Fachkompetenzen anbahnt und Fachwissen vermittelt, tragen viele weitere Unterrichtsfächer mit ihren Themen, Perspektiven und Fragestellungen ebenfalls zur demokratischen Sozialisation von Jugendlichen bei. Fast immer geht es dabei auch um politisch-normative Kontroversen, um Fragen des legitimen und gerechten Sollens. Daher ist es unabdingbar, dass die LiV ihre bedeutsame Rolle in einer professionellen Demokratiebildung selbst erkennen, reflektieren und zunehmend professionell gestalten lernen.

Wichtig dabei ist, dass jeder gute Fachunterricht neben der reflexiv-kritischen Aneignung prodemokratischer Einstellungen, Haltungen und Wertpräferenzen auch auf die Stärkung tatsächlicher Partizipationsbereitschaft und -fähigkeit abzielt. Weil Demokratiebildung ohne das praktische Hineinwachsen in eine lebendige demokratische Kultur nicht zu haben sein wird, ist es erforderlich, dass Schulen als Orte gelebter Demokratie erfahren werden können. Dazu gehört die faire politische Auseinandersetzung auch im Streit der Interessen, das Argumentieren angesichts komplexer Zielkonflikte, die Mitwirkung an verantwortungsvollen Entscheidungen sowie der öffentlichen Rechtfertigung derselben. Voraussetzung dazu ist erstens, dass Schulen institutionell hinreichende Freiheit für eine demokratische Gestaltung relevanter Aspekte des Schullebens haben, und zweitens, dass die jeweilige von Lehrkräften und Schulleitungen den Lernenden vorgelebte Schulkultur tatsächlich demokratisch ist. Ersteres liegt in der Verantwortung der jeweiligen Schulpolitik, letzteres ist auf die Professionalität der Lehrkräfte und Schulleitungen angewiesen. Insofern ist die LiV-Ausbildung mehr als eine bloß berufliche Qualifikation im engen Sinn. Sie sollte daher auch die Rolle von Lehrkräften als Fördernde der Demokratie angemessen thematisieren.

Amrei Vieser: Anknüpfend an die Schule als Ort gelebter Demokratie sehe ich ein Spannungsverhältnis: Wir wollen mündige, urteilsfähige junge Menschen bilden. Schule ist zugleich durch Hierarchie, verbindliche Curricula, standardisierte Anforderungen und zentrale Abschlüsse geprägt. Entscheidend erscheint mir daher die Frage, wo wir innerhalb dieser Strukturen tatsächlich Räume für Mitbestimmung, Widerspruch und Verantwortungsübernahme eröffnen.

Anke Hartung: Im Vorbereitungsdienst müssen LiV in ihre Rolle in der Demokratiebildung hineinwachsen. Angesichts antidemokratischer Tendenzen, Wahlerfolgen an den politischen Rändern und populistischen Vereinfachungen in sozialen Medien fühlt sich politische Bildung bisweilen wie Rudern gegen den Strom an. Eine an demokratischen Grundwerten orientierte Haltung pädagogisch angemessen zu vertreten, fordert selbst erfahrenen Lehrkräften viel ab. Überhöhte Erwartungen an LiV und den Vorbereitungsdienst wären fehl am Platz.

Wachsendes Interesse von Jugendlichen an Politik (Zustimmung in Prozent)



Der SHELL-Jugendstudie zufolge ist das politische Interesse von jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Doch neue Medien und zugespitzte gesellschaftliche Konflikte schaffen neue Herausforderungen für die politische Bildung und die Demokratieerziehung an Schulen. Quelle: SHELL-Jugendstudie 2024

Zum Inhaltsverzeichnis

Gute Praxis unter Druck

Ein Schreibgespräch zur zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung

Andreas Michael Füchter, Anke Hartung & Amrei Vieser

An dieser Stelle setzen wir das Schreibgespräch, dessen erster Teil sich auf den beiden vorangegangenen Seiten findet, fort. Hier wenden sich Dr. Andreas Michael Füchter, Anke Hartung und Amrei Vieser den konkreten Rahmenbedingungen und den aktuellen Herausforderungen der Lehrkräfteausbildung in der zweiten Phase zu. Dabei stellen immer die politische Bildung und die Demokratieerziehung den Ausgangspunkt dar.

HLZ: Gibt es aktuelle Herausforderungen oder Unsicherheiten, die Sie bei Lehrkräften im Vorbereitungsdienst im Hinblick auf die Umsetzung von Demokratiebildung in Schule und Unterricht wahrnehmen?

Andreas Füchter: Ja, die Unsicherheit vieler Berufseinsteigerinnen und -einsteiger hinsichtlich ihrer doch politischen Rolle in Fragen der Demokratiebildung ist groß – gerade bei LiV, die Fächer ohne einen direkten Bezug zur politischen Bildung unterrichten. Häufig ist weder der Beutelsbacher Konsens bekannt, noch sind elementare Fragen hinsichtlich eines aufklärerischen Umgangs mit kontroversen Themen angesichts komplexer gesellschaftlicher Vielfalt und Interessen geklärt. Grundsätzliche Fragen nach dem demokratischen Hintergrundkonsens, aber auch das Wissen um Menschen- und Grundrechte, sind aufgrund anderer Studienprioritäten häufig nur ansatzweise reflektiert. Das ist aus meiner Sicht für professionelle Lehrkräfte deutlich zu wenig.

Amrei Vieser: Für den Haupt- und Realschulbereich möchte ich ergänzen: Die kulturell und sozial heterogene Schülerschaft bringt unterschiedliche Wertorientierungen und Deutungsmuster in den Unterricht. Darin liegen Herausforderung und Chance zugleich. LiV müssen lernen, Differenz zum Gegenstand demokratischer Aushandlung zu machen, zugleich aber dort fachlich begründet Orientierung zu geben, wo Grund- und Menschenrechte oder die Gleichwertigkeit von Menschen berührt sind.

Anke Hartung: Eine wiederkehrende Unsicherheit ist die falsch verstandene Neutralität: Aus Sorge, gegen den Beutelsbacher Konsens zu verstoßen oder auf antidemokratische Äußerungen „falsch“ zu reagieren, bleiben solche Aussagen mitunter unwidersprochen. Konfliktträchtige Themen werden nicht selten umschifft. Entscheidend ist, zu erkennen, wo Kontroversität geboten ist, wo demokratische Grundwerte eine klare Positionierung verlangen und wie sich das pädagogisch umsetzen lässt. Im Vorbereitungsdienst analysieren wir dazu konkrete Unterrichtssituationen und reflektieren Handlungsalternativen.

HLZ: Was beschäftigt Sie als Ausbilder/in für Politik und Wirtschaft angesichts aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen derzeit am stärksten?

Andreas Füchter: Die zentrale Frage für mich ist, wie Lehrkräfte angesichts der komplexen Herausforderungen gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels und den damit einhergehenden vielfältigen Interessenskonflikten in ihrer je eigenen Professionsrolle unterstützt werden können. Wie können sie sich selbst differenziert mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen, um dadurch glaubhafte Vorbilder für Heranwachsende sein zu können? Dazu bedarf es entsprechender Bildungsangebote auch für Lehrkräfte. Wirksame Demokratiebildung wird nur als Doppeldecker abheben, indem sich Lehrkräfte selbst als politische Menschen verstehen und Schulen als unabhängige Orte politisch-sozialer Selbstverständigung mündiger Bürgerinnen und Bürger gegenüber äußeren Einflüssen verteidigen. Daher erfordert eine professionelle Lehrkräftebildung auch eine Reflexion der Funktion staatlicher Schulen für die Demokratie.

Gerade auch in der beruflichen Sozialisation sind gelebte Meinungsvielfalt, Respekt gegenüber allen Personen, eine tolerante Einstellung gegenüber der Vielfalt der Lebensweisen und Mäßigung im politischen Streit relevante Werte und Tugenden. Die Gewährleistung der parteilichen Unabhängigkeit demokratischer Bildung in Schulen ist für demokratische Parteien trotz mancher bildungspolitischer und curricularer Steuerungsversuche eigentlich eine Selbstverständlichkeit, auch aus Respekt vor einem Primat der Pädagogik. Schule sollte ein politisch-bildender Ort sein, aber kein Ort parteipolitischer Machtrivalität. Radikale und extremistische Parteien und Bewegungen dagegen drohen in ihren bildungspolitischen Verlautbarungen regelmäßig mit einem politischen Durchgriff auf Schulen sowie auf Kultur- und Bildungseinrichtungen der Zivilgesellschaft. Sowohl Lehrkräfte also auch Lernende sollen hinsichtlich ihrer Freiheit, politisch autonom zu denken und zu urteilen, also vollumfänglich mündige Personen zu sein, zurechtgestutzt werden. An dieser Stelle wird das bloß formale Demokratieverständnis der Populisten deutlich. In Verbindung mit der damit einhergehenden menschenfeindlichen Strategie der Machtaneignung durch Unterdrückung und Ausgrenzung von Minderheiten ist das Gift für Schulen und für die Jugend.

Amrei Vieser: Im Ausbildungsalltag nehme ich eine wachsende Asymmetrie wahr: Schülerinnen und Schüler tragen politische Kontroversen, wesentlich geprägt durch soziale Medien, mit großer Unmittelbarkeit in den Unterricht. Bei LiV

erlebe ich dagegen unterschiedlich ausgeprägt, wie intensiv aktuelle Entwicklungen reflektiert und schwierige, konfliktbehaftete Themen bewusst kontrovers aufgegriffen werden. Politische Informiertheit und Medienkompetenz sowie die Fähigkeit, Kontroversität auszuhalten und produktiv zu gestalten, verstehe ich daher als zentrale Bestandteile professioneller Selbstbildung.

Anke Hartung: Ich teile diese Sorgen. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen treffen auf eine Schülerschaft, von der sich ein erheblicher Teil kaum für Politik interessiert. Unsere Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst stellen sich dieser Herausforderung mit großem Engagement. Politisches Interesse zu wecken und erste Zugänge zu komplexen Fragen zu eröffnen, ist unter diesen Bedingungen bereits ein beachtlicher Lernerfolg.

HLZ: Welche hessenspezifischen Rahmenbedingungen prägen derzeit die Ausbildung und welche Veränderungen würden Sie sich wünschen?

Amrei Vieser: Die Rahmenbedingungen sind derzeit durch erheblichen Konsolidierungs- und Spardruck geprägt. Einschnitte bei Sozialindex, Förderangeboten und Unterstützungsstrukturen treffen auf wachsende Anforderungen. Besonders kritisch sehe ich die Veränderungen des Vorbereitungsdienstes: Die Verkürzung auf 18 Monate bei höherer Unterrichtsverpflichtung berührt unmittelbar die Qualität der Professionalisierung. Darin liegt für mich ein grundlegender Widerspruch: Schule soll Heterogenität, Inklusion, individuelle Förderung, fachliche Defizite sowie Medien- und Demokratiebildung bewältigen, während Ressourcen für Ausbildung, Reflexion und Unterstützung reduziert werden. Ich wünsche mir eine verlässlich ausgestattete zweite Phase, Zeit für Professionalisierung und eine bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen. Lehrkräftemangel und prekäre Schülerleistungen kommen nicht von ungefähr.

Andreas Füchter: Diesen allgemeinen Forderungen möchte ich ausdrücklich zustimmen. Es ist angesichts der aktuellen Entwicklungen besonders kritikwürdig, dass erprobte und bewährte Ausbildungsbausteine zum Bereich Demokratielernen, Menschen- und Grundrechtebildung sowie zum Beutelsbacher Konsens aufgrund der erfolgten Kürzung bereits jetzt nicht mehr für alle LiV eines Semesters verpflichtend angeboten werden können. Diese Angebote dienen der gemeinsamen Reflexion eigener Haltungen, der Klärung von rechtlichen Grundlagen und vermitteln neben dem dazu erforderlichen Wissen auch Methoden der Demokratiebildung. Sie veranschaulichen die Bedeutung einer prodemokratischen Erziehung und dienen zugleich der Konfliktprävention. Selbstlernbausteine im Onlineformat sind dazu nur sehr eingeschränkt geeignet. Es genügt eben nicht, nur Lehrkräfte der politisch bildenden Fächer hinsichtlich dieses fundamentalen Bildungsauftrags zu sensibilisieren und qualifizieren. Demokratiebildung muss Teil der Professionalisierung aller Lehrkräfte sein.

Anke Hartung: Mehr Unterricht bei weniger Ausbildungszeit führt nicht automatisch zu besserem Unterricht. Geht Zeit für fachliche und fachdidaktische Ausbildung, Beratung und Reflexion verloren, sehe ich die Unterrichtsqualität gefährdet. Politik und Wirtschaft nimmt an beruflichen Schulen seit Jahrzehnten eine Randstellung ein. In weiten Teilen der Berufsschule fehlen aktuelle Lehrpläne, häufig findet fachfremder Unterricht statt. Reformbemühungen bei den Lehrplänen stocken. Manche Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst finden kaum geeignete Mentorinnen oder Mentoren. Zudem unterscheidet sich die Qualität der schulischen Begleitung erheblich. Sollte die geplante Reform umgesetzt werden, wächst die Verantwortung der Mentorinnen und Mentoren. Verlässliche Strukturen zu ihrer Unterstützung fehlen bislang. Mich beunruhigt zudem der deutliche Rückgang der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst im Fach Politik und Wirtschaft an allen hessischen beruflichen Studienseminaren.

Wie wichtig eine qualitativ hochwertige zweite Phase der Lehrkräfteausbildung für die Entwicklung von Professionalität ist, hat dieses Schreibgespräch aufgezeigt. Am Samstag, den 19. September 2026, gingen zahlreiche Ausbilder:innen in Marburg auf die Straße, um sich gegen die bereits beschlossenen – sowie gegen die im Zuge der Novellierung des Lehrkräftebildungsgesetzes geplanten weiteren – Kürzungen in der hessischen Lehrkräfteausbildung zu wenden.

Zum Inhaltsverzeichnis

Starke Schulen für Demokratie

Erfahrungen aus einem hessischen Modellprojekt

Philipp Klingler & Maria Schneider

Schulen und Lehrkräfte werden angesichts gesellschaftlicher Konflikte derzeit stärker denn je aufgerufen, Demokratie zu leben. Neben dem Fachunterricht der Politischen Bildung geraten dabei auch die Verantwortlichkeit aller Lehrkräfte und die demokratische Schulentwicklung in den Blick. Über die Stärkung von Partizipation und demokratiebezogenen Kompetenzen hinaus stellt der Umgang mit demokratiefeindlichen, menschenverachtenden und diskriminierenden Positionen und Verhaltensweisen eine zentrale Aufgabe dar. Einerseits geht es darum, dass Schulen im Schulalltag auf diese Herausforderungen angemessen reagieren können. Andererseits sollen sie Schüler:innen präventiv sensibilisieren und zur Reflexion der eigenen Denk- und Werthaltungen anregen. Das Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler (Hessen)“ hat sich dieser Ziele in einer fast dreijährigen Modellphase angenommen und gemeinsam mit Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften und Schulleitungen von sechs beruflichen Schulen an einem nachhaltigen Konzept für Demokratiebildung an den jeweiligen Standorten gearbeitet.

Eine komplexe, langfristige und gemeinsame Aufgabe

Ausgangspunkt war dabei zunächst die Feststellung, dass Demokratiebildung vielschichtig und **komplex** ist. Der Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen ist keine Aufgabe, die punktuell erfüllt werden kann. Vielmehr bedarf es dauerhafter Ansprechpersonen und Unterstützungssysteme, die in Akutsituationen angerufen werden können, um zu beraten und weitere Bildungs- und Beratungsangebote bereitstellen zu können. Demokratiebildung betrifft alle Akteure einer Schule und setzt daher nicht erst ein, wenn es zu Akutsituationen kommt. Es bedarf daher **langfristiger** Angebote und Strukturen. Demokratiebildung kann so auch nur als **gemeinsame** Aufgabe verstanden werden. Sie ist nicht nur Aufgabe der Politiklehrkraft oder der pädagogischen Fachkraft, denn alle Lehrkräfte machen im Alltag Erfahrungen mit demokratiefeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen. Der Austausch unter Kolleg:innen über aktuelle und akute Probleme ist sowohl für die einzelne Lehrkraft als auch für das Kollegium von besonderer Bedeutung. Die Thematisierung stärkt die Haltung der einzelnen Lehrkräfte und sensibilisiert für die gemeinsame Aufgabe.

Unter diesen drei Prämissen wurde von Mai 2022 bis März 2025 das Modellprojekt am Arbeitsbereich Didaktik der politischen Bildung und Demokratiebildung der Philipps-Universität Marburg durchgeführt. Es wurde von der Robert Bosch Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen gefördert. (1) In dieser Zeit fanden zehn bedarfsorientierte Fortbildungen mit Expert:innen und Praxispartnern statt. Diese Veranstaltungen vermittelten als erste Säule des Projekts fachwissenschaftliche Kenntnisse, pädagogische Handlungskompetenzen sowie fachdidaktisches Können zu Themen wie Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, Radikalisierungsprozesse in der Jugend, Verschwörungstheorien und Fake News, Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und Islamismus.

In der zweiten Säule wurden die Teilnehmenden systematisch darin geschult, an ihren Schulen die Rolle von (Fall-) Berater:innen für Kolleg:innen und Schüler:innen zu übernehmen. Dazu erwarben sie Fähigkeiten, Vorfälle zu analysieren, die Betroffenen zu beraten, Handlungsoptionen aufzuzeigen und zielgerichtet auf Bildungsangebote zu verweisen. Ferner wirkten sie innerhalb der Schule auf eine demokratische Schulkultur hin. Die dritte Säule umfasste die Beratung bei konkreten Vorfällen an den Schulen und die Förderung einer demokratischen Schulentwicklung. Jeweils ein:e Berater:in aus dem Beratungsnetzwerk Hessen mit Expertise in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Diskriminierung und Schulentwicklung unterstützte die Teams von Beginn an.

Die Besonderheit des Modellprojekts zeigte sich in der Verzahnung und Gleichzeitigkeit der drei Säulen. Dieser integrative Professionalisierungsansatz ermöglichte durch die berufsbegleitende Durchführung den Erwerb, die Anwendung und die Reflexion von Kenntnissen und Fähigkeiten. Das Schulleitungsteam der Peter-Paul-Cahensly-Schule in Limburg resümierte mit Blick auf diese Erfolge etwa, dass ihr Lehrkräfteteam „durch die Teilnahme am Projekt Präventionsmöglichkeiten und konkrete Hilfestellungen zur Intervention kennenlernen und umsetzen“ konnte. Die Professionalisierung der Teilnehmenden wurde als langfristige Entwicklungsaufgabe in den Blick genommen. Die Einbindung der Universität als Ort der ersten, aber auch dritten Phase der Lehrkräftebildung schaffte dabei Synergien.

Best Practice-Beispiele

In Zusammenarbeit mit den Berater:innen wurden an den teilnehmenden Schulen zudem zahlreiche Projekte umgesetzt, die das Kollegium, die Schülerschaft und spezifische Lerngruppen oder die gesamte Schulgemeinschaft betrafen:

Fortsetzung auf S. 23

Zum Inhaltsverzeichnis

gemeinnützige bildungsgesellschaft der GEW Hessen

Fortbildung November 2026 bis Februar 2027

Programmauszug

Gesellschaft und Politik

Die Betzavta-Methode für Konfliktlösung und Demokratiebildung
Fortbildung GP1522 | Marburg
Zielgruppe: Alle sind willkommen
Mo, 30. November 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Konstantin Korn
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 50,– €

Kapitalismuskritik im Unterricht – mithilfe des Dokumentarfilms „Oeconomia“
Fortbildung GP1520 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte
Mo, 30. November 2026, 14 bis 17 Uhr
Leitung: Samirah Kenawi
Entgelt 25,– € | Mitglieder GEW entgeltfrei

Einblicke in die Lebenswelten rechtsextrem orientierter Jugendlicher
Fortbildung GP1523 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, (sozial-) pädagogische Fachkräfte
Di, 1. Dezember 2026, 14 bis 18 Uhr
Leitung: Rote Linie
Entgelt 25,– € | Mitglieder GEW 15,– €

Antisemitismus, Israel und der Nahostkonflikt
Fortbildung GP1525 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte
Mi, 9. Dezember 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Tibor Luckenbach, Michael Spaney
entgeltfrei

„Mythos Neutralitätsgebot“: Stärkung demokratischer Haltungen im Schulalltag
Fortbildung GP1926 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte
Mi, 3. Februar 2027, 14:30 bis 17:30 Uhr
Leitung: Manuel Glittenberg
Entgelt 55,– € | Mitglieder GEW 35,– €

Wie kann es gelingen, die Nachhaltigkeitsziele in die Schule zu bringen?
Fortbildung GP1941 | Ebsdorfergrund
Zielgruppe: Lehrkräfte der Primarstufe und Sekundarstufe, Pädagogen und Interessierte
Di, 9. Februar 2027, 14 bis 16:15 Uhr
Leitung: Silka Guternacht
entgeltfrei

Kapitalismuskritik im Unterricht – mithilfe des Dokumentarfilms „Oeconomia“
Fortbildung GP1752 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte
Mo, 15. Februar 2027, 14 bis 17 Uhr
Leitung: Samirah Kenawi
Entgelt 25,– € | Mitglieder GEW entgeltfrei

Beruf und Persönlichkeit

Endspurt: Pensionierung und Beamtenversorgung
Fortbildung
Zielgruppe: Lehrkräfte (insb. ab 50 Jahre)
BP1554 | Frankfurt **Mo, 30. November 2026,** 10:30 bis 17 Uhr
BP1563 | Fulda **Do, 21. Januar 2027,** 10:30 bis 17 Uhr
BP1779 | Frankfurt **Mi, 17. Februar 2027,** 10:30 bis 17 Uhr
Leitung: Reinhard Besse
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 25,– €

Elterngespräche: Zielgerichtet, effektiv und Nerven schonend
Fortbildung BP1553 | Kassel
Zielgruppe: Lehrkräfte, Erzieher*innen
Mi, 2. Dezember 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Uwe Riemer-Becker
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Klare Stimme – Klarer Kopf: Stimm- und Auftrittstraining

Klare Stimme – Klarer Kopf: Stimm- und Auftrittstraining
Fortbildung BP1531 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, Pädagog*innen, Interessierte
Mo, 7. Dezember 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Kathleen Fritz
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Zeitmanagement-Tools im pädagogischen Alltag: Mit Klarheit mehr Zeit gewinnen
Fortbildung BP1652 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Interessierte
Mo, 7. Dezember 2026, 14:30 bis 17:30 Uhr
Leitung: Daniela Heil
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Ressourcenorientiertes Selbstmanagement: Das Zürcher Ressourcenmodell zielgerichtet im pädagogischen Kontext anwenden
Fortbildung BP1656 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Interessierte
Di, 8. Dezember 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Daniela Heil
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Meine Rente muss zum Leben reichen: Traum oder Wirklichkeit? Rentenfragen für Angestellte im Bildungsbereich
Fortbildung BP1557 | Darmstadt
Zielgruppe: Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte im Angestelltenstatus
Di, 8. Dezember 2026, 14 bis 17 Uhr
Leitung: Bernd Vogeler
Entgelt 25,– € | Mitglieder GEW entgeltfrei

SozPäds – Rechte und Pflichten für sozialpädagogische Fachkräfte
Fortbildung
Zielgruppe: UBUS-Kräfte, Interessierte
BP1556 | Kassel **Do, 10. Dezember 2026,** 10 bis 17 Uhr
BP1810 | Frankfurt **Do, 18. Februar 2027,** 10 bis 17 Uhr
Leitung: Annette Karsten, Julia Eckes
Entgelt 25,– € | Mitglieder GEW entgeltfrei

Lohnsteuererklärung 2025: Grundlagen, Hinweise und Tipps
Fortbildung BP1559 | Online
Zielgruppe: Alle sind willkommen
Do, 10. Dezember 2026, 15 bis 17 Uhr
Leitung: Ralph-Dieter Lemke
Entgelt 25,– € | Mitglieder GEW entgeltfrei

Stress und Burn-Out-Prävention in der Schule
Fortbildung BP1560 | Kassel
Zielgruppe: Lehrkräfte
Di, 19. Januar 2027, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Uwe Riemer-Becker
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Stimmig auftreten: Vocaltraining für Lehrkräfte
Fortbildung BP1561 | Darmstadt
Zielgruppe: Alle sind willkommen
Di, 19. Januar 2027, 14 bis 18 Uhr
Leitung: Nadja Soukup
Entgelt 60,– € | Mitglieder GEW 44,– €

Zeit- und Selbstmanagement
Fortbildung BP1778 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Interessierte
Do, 11. Februar 2027, 14 bis 17:30 Uhr
Leitung: Annette Dahlem
Entgelt 60,– € | Mitglieder GEW 44,– €

Die Kraft der Empathie (nach Marshall B. Rosenberg)
Fortbildung BP1788 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Mi, 17. Februar 2027, 15:30 bis 18 Uhr
Leitung: Anja Deistler
Entgelt 60,– € | Mitglieder GEW 44,– €

Moderationstraining: Konferenzen, Teamsitzungen und Arbeitsgruppen effektiv leiten
Fortbildung BP1789 | Marburg
Zielgruppe: Alle sind willkommen
Fr, 19. Februar 2027, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Uwe Lennartz
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Pädagogik und Erziehung

Hochsensibilität im Berufsleben: Feinfühlige Potentiale nutzen und Herausforderungen konstruktiv angehen
Fortbildung PE1657 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Interessierte
Mo, 30. November 2026, 10 bis 16 Uhr
Leitung: Daniela Heil
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Spiele für die Halle und den Schulhof
Fortbildung PE1585 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Fr, 4. Dezember 2026, 11 bis 17 Uhr
Leitung: Norbert Stockert
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 50,– €

Starke Gefühle, starke Lösungen
Fortbildung PE1571 | Frankfurt
Zielgruppe: pädagogische Fachkräfte, Erzieher*innen
Do, 10. Dezember 2026, 10 bis 16 Uhr
Leitung: Klaus Daniel
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 50,– €

Autismus: Umgang mit besonderen Schüler*innen im Unterricht
Fortbildung PE1587 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Mi, 20. Januar 2027, 15 bis 17 Uhr
Leitung: Kerstin Ferst
Entgelt 45,– € | Mitglieder GEW 25,– €

Spiele zur Förderung der Kommunikation und Kooperation
Fortbildung PE1827 | Darmstadt
Zielgruppe: Lehrkräfte (alle Schularten), pädagogische Fachkräfte
Fr, 12. Februar 2027, 11 bis 17 Uhr
Leitung: Norbert Stockert
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 50,– €

Unterrichtsstörungen?
Prävention und Intervention beziehungsorientiert
Fortbildung PE1815 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Di, 16. Februar 2027, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Klaudia Klaffke
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

„Ich gehe nicht zur Schule! Ich will nicht!"
Schulphobie, Schulangst, Schulschwänzen
Fortbildung PE1816 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen
Di, 16. Februar 2027, 14 bis 18 Uhr
Leitung: Gaby Kalb
Entgelt 60,– € | Mitglieder GEW 44,– €

Schule und Unterricht

Erfolgreiche Planung und Gestaltung
von Pädagogischen Tagen: Worauf es ankommt
Fortbildung SU1589 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte
Mo, 7. Dezember 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Ulrich Steffens
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 50,– €

Die UN-Nachhaltigkeitsziele im Schulalltag – BNE in der Praxis
Fortbildung SU1593 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, Schulleitungen, Interessierte
Mi, 9. Dezember 2026, 14:30 bis 18 Uhr
Leitung: Umweltlernen in Frankfurt e.V.
entgeltfrei

Referate, mündliche Prüfungen und Vorstellungsgespräche:
Mit Schüler*innen am Thema Präsenz arbeiten
Fortbildung SU1617 | Marburg
Zielgruppe: Lehrkräfte
Mo, 18. Januar 2027, 10 bis 16 Uhr
Leitung: Jessica Stukenberg
Entgelt 94,– € | Mitglieder GEW 74,– €

Siebdruck im Kunstunterricht –
ohne komplizierten technischen Apparat
Fortbildung SU1616 | Darmstadt
Zielgruppe: Lehrkräfte (Kunst, auch fachfremd)
Mo, 18. Januar 2027, 14:30 bis 17:30 Uhr
Leitung: Ulrike Springer
Entgelt 55,– € | Mitglieder GEW 35,– €

Schulrecht – (k)ein Buch mit sieben Siegeln?
Fortbildung SU1618 | Frankfurt
Zielgruppe: Lehrkräfte, LiV, Schulleitung
Do, 21. Januar 2027, 10 bis 18 Uhr
Leitung: Volker Igstadt
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 50,– €

Töpfern – Aufbautechniken
Fortbildung SU1863 | Darmstadt
Zielgruppe: Lehrkräfte (insb. Grundschule und Sek. I)
Mo, 15. Februar 2027, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Brigitte Pello
Entgelt 77,– € | Mitglieder GEW 50,– €

Schreibanlässe im 1. und 2. Schuljahr
Fortbildung SU1842 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte (Grundschule)
Mo, 15. Februar 2027, 14:30 bis 17:30 Uhr
Leitung: Stephanie Jurkscheit
Entgelt 55,– € | Mitglieder GEW 35,– €

Desinformation in Zeiten von KI: Ein Praxisworkshop zwischen realistischen Deepfakes und lügenden Chatbots
Fortbildung SU1935 | Online
Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte
Do, 18. Februar 2027, 14:30 bis 17:30 Uhr
Leitung: Frank Schlegel
Entgelt 55,– € | Mitglieder GEW 35,– €

Maschinenscheine

Maschinenschein Holzverarbeitung
Lehrgang MS1647 | Kassel
Zielgruppe: Lehrkräfte
Fr, 22. Januar 2027, 12 bis 19 Uhr und
Sa, 23. Januar 2027, 8:30 bis 16:30 Uhr
Leitung: Lambert Löher
Entgelt 275,– € | Mitglieder GEW 225,– €

Maschinenschein Holzbearbeitungsmaschinen
Lehrgang | Petersberg
Zielgruppe: Lehrkräfte, LiV
MS1646 **Fr, 5. Februar 2027,** 13 bis 19 Uhr und
Sa, 6. Februar 2027, 8:30 bis 16:30 Uhr
MS1903 **Fr, 12. Februar 2027,** 13 bis 19 Uhr und
Sa, 13. Februar 2027, 8:30 bis 16:30 Uhr
Leitung: Cornelia Backmund
Entgelt 280,– € | Mitglieder GEW 250,– €

Maschinenschein Intensivkurs
Lehrgang MS1905 | Hanau
Zielgruppe: Lehrkräfte, LiV
Mi, 17. Februar 2027, 8 bis 17 Uhr
Do, 18. Februar 2027, 16 bis 20 Uhr
Mi, 24. Februar 2027, 16 bis 20 Uhr und
Do, 25. Februar 2027, 16 bis 20 Uhr

Tarif und Recht

Datenschutz an Schulen für schulische Personalräte und Datenschutzbeauftragte (Grundlagen)
PR-Schulung TR1636 | Online
Zielgruppe: Schulische Personalräte
und Datenschutzbeauftragte
Di, 1. Dezember 2026 und **Do, 3. Dezember 2026,**
jeweils 14:30 bis 17 Uhr
Leitung: Roland Schäfer
Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,– €

Teilzeit, Dienstpflichten und Mehrarbeit
PR-Schulung TR1666 | Frankfurt
Zielgruppe: Schulische Personalräte (auch GPRS/HPRS)
Mi, 2. Dezember 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Sebastian Schackert
Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,– €

Rechtsfragen für Personalräte III: Dienst- und Konferenzordnung
PR-Schulung TR1668 | Marburg
Zielgruppe: Schulische Personalräte (auch GPRS/HPRS)
Mi, 9. Dezember 2026, 10 bis 17 Uhr
Leitung: Sebastian Schackert
Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,– €

Datenschutz an Schulen: Vertiefungsseminar
PR-Schulung TR1640 | Frankfurt
Zielgruppe: Schulische Personalräte und Datenschutzbeauftragte
Di, 15. Dezember 2026, 10 bis 16 Uhr
Leitung: Roland Schäfer
Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,– €

PR-Schulung: Einstieg und Auffrischung
PR-Schulung
Zielgruppe: Mitglieder der schulischen Personalräte (auch GPRS/HPRS)
TR1922 | Frankfurt **Mi, 3. Februar 2027,** 10:30 bis 17 Uhr
TR1876 | Darmstadt **Do, 11. Februar 2027,** 10 bis 17 Uhr
TR1877 | Fuldatal **Do, 18. Februar 2027,** 10 bis 17 Uhr
Leitung: Reinhard Besse
Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,– €

Arbeits- und Tarifrecht für Angestelltenvertreter in schulischen Personalräten
PR-Schulung TR1691 | Frankfurt am Main
Zielgruppe: Angestelltenvertreter*innen in schulischen Personalräten (insb. GPRS/HPRS)
Di, 16. Februar 2027 und **Mi, 17. Februar 2027**, jeweils 10 bis 17 Uhr
Leitung: Annette Karsten, Kathrin Kummer
Entgelt PR (zahlt Land Hessen / inkl. Übernachtung) 575,– € |
Entgelt PR (zahlt Land Hessen / ohne Übernachtung) 450,– €

Bestellung des schulischen Datenschutzbeauftragten
PR-Schulung TR1886 | Frankfurt
Zielgruppe: Schulische Personalräte und Datenschutzbeauftragte
Mi, 17. Februar 2027, 10 bis 16 Uhr
Leitung: Roland Schäfer
Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,– €

Bildungsurlaub und Reisen

Schneeschuhwandern im Nationalpark Šumava/Böhmerwald
Studienreise UR1659 | Tschechische Republik
Zielgruppe: Alle sind willkommen
Sa, 2. Januar 2027 bis **Sa, 9. Januar 2027**
Leitung: Jiri Franc, Dalibor Hiric
Entgelt (EZ) 1070,– € | Entgelt (DZ) 840,– €

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl. Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter www.lea-bildung.de. Das neue lea-Programm erscheint im April 2027. Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Kontakt

Tel. 069 971293-27
Fax 069 971293-97
Online-Buchung: www.lea-bildung.de
E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten
Unser Büro ist in der Regel Montag bis Donnerstag von 9 bis 17 Uhr und freitags von 9 bis 14 Uhr besetzt.

www.lea-bildung.de
Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede*r Interessierte teilnehmen: Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig. Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Inhouse-Schulungen
Sie planen einen pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen an Ihre Schule/Bildungseinrichtung zu bringen oder Referent*innen zu vermitteln.

Rufen Sie uns einfach unter 069 971293-30 an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen
Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main
HR-Eintrag: 75319 | StNr: 45 255 85423
Aufsichtsratsvorsitz: Thilo Hartmann und Simone Claar
Geschäftsführung: Dr. Felix Hauf

- „Demokratie-Teams“: Die Modellschulen haben zunächst „Demokratie-Teams“ etabliert. Sie stehen auch nach Projektende als Ansprechpartner:innen für Schulleitung, Kolleg:innen und Schüler:innen in herausfordernden Situationen und bei der langfristigen Entwicklung der demokratischen Schulkultur zur Seite.
- Beratungsangebote: Eine Aufgabe der „Demokratie-Teams“ besteht darin, dass sie Betroffene von Diskriminierung niedrigschwellig beraten und stärken, mit Beteiligten kurzfristig das Gespräch suchen und aktiv werden. Als dauerhafte Anlaufstelle schulen sie Kolleg:innen im Umgang mit Alltagssituationen, schützen Betroffene und organisieren auch langfristige Bildungsangebote für Lerngruppen.
- Pädagogische Tage: Damit die Kollegien der jeweiligen Standorte die Relevanz des Themas wahrnehmen und ein Austauschraum geschaffen wird, wurde an allen Schulen ein Pädagogischer Tag durchgeführt. Mit Impulsvorträgen und Workshop-Angeboten wurden Kolleg:innen bedarfsgerecht fortgebildet, indem sie Wissen zu Phänomenen erwarben und konkrete Strategien und Methoden im Umgang mit Antisemitismus, Rassismus etc. erprobten.

Systematische Fortbildungen vermitteln fachwissenschaftliche Kenntnisse, pädagogische Handlungskompetenzen sowie fachdidaktisches Können – beispielsweise im Rahmen des Modellprojekts „Starke Lehrer – starke Schüler (Hessen)“. Foto: Starke Lehrer - starke Schüler (Hessen)

Erkenntnisse der Modellphase

Die Kooperation zwischen den an der Lehrkräfteaus- und -fortbildung beteiligten Institutionen und dem Demokratiezentrum Hessen ermöglichte ein abwechslungsreiches, bedarfsangepasstes und anspruchsvolles Fortbildungsangebot. Dabei zeigte sich: Erst die kontinuierliche Verschränkung von Fortbildungen und Beratung vor Ort wirkte sich deutlich positiv auf das Wissen und die pädagogische Handlungssicherheit im Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen aus. Bemerkenswert ist zudem, dass sich diese positiven Effekte unabhängig von Alter, Geschlecht und Berufserfahrung der teilnehmenden Lehrkräfte einstellten: Demokratiebildung wurde als Aufgabe aller Lehrkräfte wahrgenommen – auch Kolleg:innen ohne gesellschaftswissenschaftliche Fächer engagierten sich und profitierten nachhaltig.

Dem Modellprojekt folgte zudem eine erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung für Demokratiebildung an den Schulen: Weil Lehrkräfte, Schulleitungen und das gesamte Kollegium eingebunden wurden, wurde diese als gemeinsame Aufgabe sichtbar. Hierdurch konnte auch eine geteilte Erfahrung von Lehrkräften aufgegriffen werden, denn sie erlebten es häufig, mit herausfordernden Situationen allein umgehen zu müssen. Genau hier setzte die Institutionalisierung von Netzwerken und langfristigen Anlaufstellen an, was sich als essenziell bei der Bewältigung dieser Aufgaben erwies. (2)

Die Erfahrungen in dem Modellprojekt haben bestätigt, dass es zahlreiche engagierte Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Schulleiter:innen gibt. Hessische Schulen stehen vielerorts aktiv für gelebte Demokratie ein und scheuen auch angesichts alltäglicher Herausforderungen, knapper Ressourcen und wachsender Verantwortlichkeiten diese Aufgabe nicht. Das Modellprojekt hat es ermöglicht, Erfahrungen mit einem integrativen Professionalisierungsansatz zu sammeln. Trotz des Zuspruchs aller Beteiligten hat sich das Kultusministerium dazu entschieden, das Modellprojekt und seine Bausteine nicht weiterzuführen. Die Arbeit an den teilnehmenden Schulen geht unverändert weiter – Demokratiebildung wird bei ihnen als komplexe, langfristige und gemeinsame Aufgabe gelebt.

(1) Weitere Informationen zum Modellprojekt finden sich unter: *www.starkelehrer-starkeschueler.de*

(2) Für weitere Informationen zum Verlauf des Projekts und zu Best-Practice-Beispielen der teilnehmenden Schulen verweisen wir auf den Abschlussbericht: *https://kurzlinks.de/dubr*

Philipp Klingler und Maria Schneider waren als wissenschaftliche Projektmitarbeiter:innen bis 2025 am Arbeitsbereich Didaktik der politischen Bildung und Demokratiebildung der Philipps-Universität Marburg für die Konzeption, Durchführung und Evaluation des Modellprojekts „Starke Lehrer – starke Schüler (Hessen)“ unter der Leitung von Prof. Dr. Susann Gessner verantwortlich.

Fortsetzung von S. 18

Zum Inhaltsverzeichnis

Gesellschaftslehre in Hessen

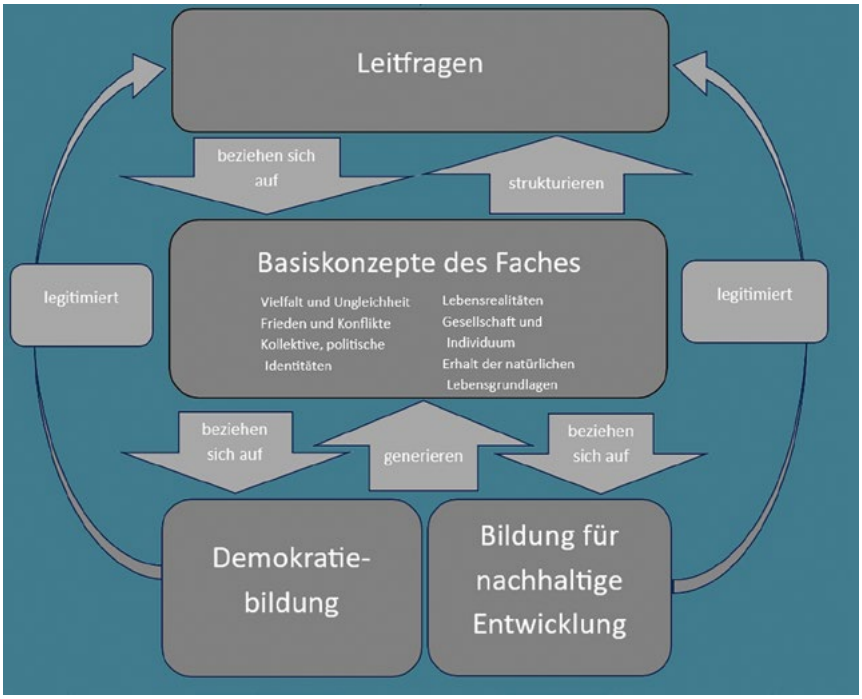
Es ist an der Zeit, den eigenen Anspruch einzulösen

Giuliano Klein & Ursula Tilsner

Hessen war Vorreiter. Vor mehr als 50 Jahren führte das Land als erstes Bundesland das Unterrichtsfach Gesellschaftslehre ein. Die Idee dahinter war bemerkenswert modern: Gesellschaftliche Wirklichkeit sollte nicht aus getrennten Fachperspektiven betrachtet werden. Geschichte, Politik, Wirtschaft und Geographie sollten gemeinsam dazu beitragen, komplexe gesellschaftliche Fragen zu verstehen.

Dieser Anspruch ist heute aktueller denn je, doch die strukturelle Weiterentwicklung des Faches ist hinter ihm zurückgeblieben. Die Lebenswirklichkeit von Schülerinnen und Schülern hält sich nicht an Fächergrenzen. Klimawandel, Migration, soziale Ungleichheit oder politische Konflikte lassen sich nicht aus nur einer Perspektive verstehen. Genau darin liegt die Stärke von Gesellschaftslehre: Historische, politische, wirtschaftliche und geographische Denkweisen werden an gesellschaftlich relevanten Problemen miteinander verbunden.

Gesellschaftslehre unterstützt Schülerinnen und Schüler dabei, gesellschaftliche Komplexität zu erschließen, unterschiedliche Perspektiven nachzuvollziehen und begründete Urteile zu entwickeln. Multiperspektivität bedeutet nicht Beliebigkeit: Gerade das strukturierte Zusammenführen fachlicher Perspektiven hilft, Zusammenhänge zu erkennen und vorschnelle Erklärungen zu hinterfragen. Damit leistet das Fach einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung, Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung.



Legitimation und Herleitung von Leitfragen für das Basiscurriculum des Faches Gesellschaftswissenschaften. Quelle: Knigge-Blietschau, Johann; Witt, Dirk (2025): Ein Basiscurriculum für das Fach Gesellschaftswissenschaften. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, Welt(un)ordnung. Heft 1, Frankfurt am Main, S. 136-152.

Drei Fächer nebeneinander?

Der Anspruch des Faches ist eindeutig integrativ. Auch die hessische Handreichung betont, dass die Didaktik des Lernbereichs nicht einfach als Summe der einzelnen Fachdidaktiken verstanden werden kann. In der schulischen Realität wird Gesellschaftslehre dennoch häufig additiv unterrichtet: Geschichte, Geographie sowie Politik und Wirtschaft folgen aufeinander, statt systematisch miteinander verschränkt zu werden. Das liegt nicht an mangelndem Engagement der Lehrkräfte. Vielmehr fehlen häufig die strukturellen Voraussetzungen, die integratives Arbeiten unterstützen. Curriculare Vorgaben orientieren sich teilweise stark an den Bezugsfächern. Unterrichtsmaterialien, allen voran Schulbücher, sind nicht durchgängig integrativ angelegt. Hinzu kommt, dass viele Lehrkräfte Gesellschaftslehre nur auf Grundlage eines ihrer Bezugsfächer unterrichten.

Ein Integrationsfach braucht deshalb mehr als gemeinsam geführte Stundenkontingente. Es braucht gesellschaftlich relevante Problemstellungen. Daraus resultierende Leitfragen müssen die unterschiedlichen Perspektiven tatsächlich erforderlich machen und brauchen ein gemeinsames Kompetenzverständnis sowie eine nachvollziehbare Progression über die Jahrgangsstufen hinweg. Die nebenstehende Abbildung von Johann Knigge-Blietschau und Dirk Witt zeigt einen möglichen Ordnungsrahmen, in dem Leitfragen, Basiskonzepte, Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung miteinander verbunden werden.

Besonders problematisch ist, dass für Gesellschaftslehre in Hessen bis heute kein landesweit verbindliches Kerncurriculum existiert. Damit stellt sich eine grundlegende Frage: Auf welcher gemeinsamen fachlichen und curricularen Grundlage erfolgen Unterricht, Leistungsbewertung und Qualitätssicherung, wenn verbindliche kompetenzorientierte Leitlinien fehlen? In der Praxis entwickeln Schulen eigene, zum Teil sehr überzeugende Lösungen. Gleichzeitig entstehen erhebliche Unterschiede. Welche Inhalte verbindlich behandelt werden, welche Kompetenzen erworben und wie diese über mehrere Schuljahre aufgebaut werden sollen, ist nicht hinreichend geklärt. Besonders deutlich wird dies dort, wo Gesellschaftslehre fachfremd oder lediglich auf Grundlage eines Bezugsfaches unterrichtet wird.

Von Lehrkräften wird integrative Planung erwartet, obwohl ihnen dafür häufig weder ein verbindliches Kompetenzmodell noch systematische Ausbildungsangebote oder ausreichend geeignete Materialien zur Verfügung stehen. Eine verbindliche curriculare Grundlage würde dabei nicht zu weniger Gestaltungsspielraum führen. Sie könnte vielmehr gemeinsame Ziele, Kompetenzbereiche und Progressionen sichern und zugleich Raum für schulische Schwerpunktsetzungen und regionale Bezüge lassen.

Anschlussfähigkeit

Gesellschaftslehre in der Sekundarstufe I muss zugleich so konzipiert sein, dass sie auf die fachsystematische Arbeit in Geschichte, Geographie sowie Politik und Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe vorbereitet. Integratives Lernen und fachliche Anschlussfähigkeit sind keine Gegensätze. Gerade ein gut entwickeltes Integrationsfach kann grundlegende gesellschaftswissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen aufbauen: Entwicklungen in Raum und Zeit einordnen, Quellen und Daten kritisch auswerten, Interessen und Machtverhältnisse analysieren, Perspektiven unterscheiden, Zusammenhänge darstellen und begründete Urteile formulieren. Diese Fähigkeiten können in der Oberstufe fachbezogen weiterentwickelt und vertieft werden. Eine verbindliche Kompetenzprogression würde daher nicht nur das integrative Profil von Gesellschaftslehre stärken, sondern zugleich den Übergang in die Oberstufe verlässlicher machen.

Eine der größten strukturellen Schwächen liegt in der Lehrkräftebildung. An den hessischen Universitäten gibt es keine eigenständige Ausbildung für das Fach Gesellschaftslehre. Studierende werden in Geschichte, Geographie oder Politik und Wirtschaft ausgebildet, nicht aber systematisch darin, diese Perspektiven zu einem integrativen gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht zu verbinden. Im Vorbereitungsdienst wird Gesellschaftslehre ebenfalls nicht einheitlich und verbindlich ausgebildet. Einzelne Studienseminare greifen das Integrationsfach auf und entwickeln entsprechende Ausbildungsangebote, andere nur punktuell oder gar nicht. Damit hängt es in erheblichem Maße vom jeweiligen Studienseminar ab, ob angehende Lehrkräfte überhaupt Gelegenheit erhalten, sich mit den besonderen Anforderungen integrativer Planung auseinanderzusetzen.

Genau hier entsteht ein Widerspruch: Schulen sollen Gesellschaftslehre integrativ unterrichten, während die dafür notwendigen Kompetenzen in der ersten Phase der Lehrkräftebildung nicht vermittelt und in der zweiten Phase nur teilweise aufgegriffen werden. Viele Lehrkräfte müssen sich daher erst in der schulischen Praxis erschließen, wie aus verschiedenen fachlichen Perspektiven eine gemeinsame Problemstellung entsteht, welche Perspektive tatsächlich zum Erkenntnisgewinn beiträgt und wie verhindert werden kann, dass aus Integration lediglich Addition wird.

Wer Gesellschaftslehre stärken will, muss deshalb auch die Lehrkräftebildung verändern. Dazu gehören verbindliche gesellschaftswissenschaftliche Ausbildungsanteile, die Zusammenarbeit der Bezugsfachdidaktiken sowie Fort- und Weiterbildungsangebote für bereits unterrichtende Lehrkräfte. Die Weiterentwicklung von Gesellschaftslehre darf sich daher nicht auf eine einzelne Maßnahme beschränken. Notwendig ist ein Zusammenspiel von Curriculum, Lehrkräftebildung, Fortbildung, Unterrichtsmaterialien und fachlicher Unterstützung.

Ein gemeinsamer Entwicklungsprozess

Der Stand der Implementierung von gesellschaftlichen Integrationsfächern ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Sinnvoll wäre die Einrichtung eines landesweiten Arbeitskreises Gesellschaftslehre, in dem Schule, Wissenschaft, Studienseminare, Verbände und Bildungsverwaltung zusammenarbeiten. Er könnte Eckpunkte einer verbindlichen curricularen Grundlage entwickeln, Kompetenzbereiche und Progressionen klären, den Oberstufenanschluss systematisch mitdenken sowie Anforderungen an Aus-, Fort- und Weiterbildung formulieren. Entscheidend wäre dabei ein Perspektivwechsel: Ausgangspunkt dürften nicht erneut die Inhalte der einzelnen Bezugsfächer sein, die anschließend miteinander kombiniert werden. Ausgangspunkt müsste vielmehr die Frage sein, welche gesellschaftlichen Probleme Schülerinnen und Schüler verstehen, analysieren und beurteilen können sollen – und welche fachlichen Perspektiven sie dafür benötigen.

Ein konkreter Schritt in Richtung Austausch und Vernetzung ist der landesweite **Fachtag Gesellschaftslehre** am **12. Februar 2027**, der in Kooperation mit dem Netzwerk Gesellschaftswissenschaften und dem Westermann-Verlag an der Carlo-Mierendorff-Schule in Frankfurt stattfindet. Er bietet die Gelegenheit, schulische Praxis, Fachdidaktik, Lehrkräftebildung und Bildungspolitik miteinander ins Gespräch zu bringen und gemeinsame Perspektiven für die Weiterentwicklung des Faches zu entwickeln.

Giuliano Klein und Ursula Tilsner vertreten das „Netzwerk Fach Gesellschaftswissenschaften“ in Hessen. Sie sind per E-Mail unter *giulianoklein@outlook.com* und unter *ursulatilsner@gmx.de* erreichbar. Die Webadresse des Netzwerks ist: *https://ngewi.de*

Zum Inhaltsverzeichnis

„Mehr als ein Unterrichtsort“

Anhörung zum Investitionsstau an Schulen bestätigt GEW-Forderungen

Kai Eicker-Wolf

Eine Anhörung der GEW Hessen zum Schulbau zeigte: Der Sanierungsbedarf an Schulen ist groß. Gefordert wurden insbesondere bessere Daten und eine verlässliche Finanzierung.

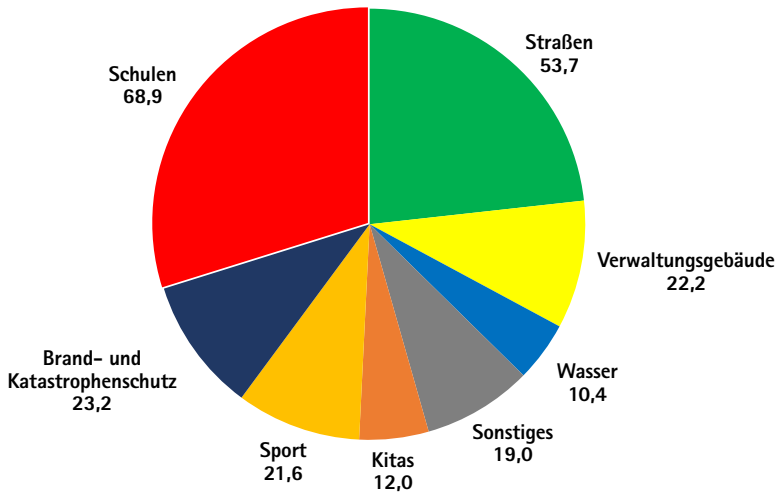
Marode Gebäude, überhitzte Klassenräume, veraltete Technik und fehlende Räume für den Ganztag: Der Investitionsstau an Hessens Schulen ist nach Einschätzung der Teilnehmer:innen einer Anhörung der GEW Hessen groß. Gleichzeitig verändern sich die Anforderungen an Schulgebäude. Ganztag, Inklusion, Digitalisierung und Klimawandel verlangen eine andere Raumplanung und eine zeitgemäße Ausstattung.

Wie groß ist der Bedarf?

Wie groß der Investitionsbedarf in Hessen tatsächlich ist, weiß allerdings niemand genau. Das war eine der zentralen Erkenntnisse der Anhörung, die am 7. September im Frankfurter Gewerkschaftshaus stattgefunden hat. Vertreter:innen von Kommunen, Wirtschaft, Eltern und Schüler:innen sowie Expert:innen aus der Wissenschaft diskutierten über Ursachen und mögliche Lösungen. Eingeladen waren auch das hessische Finanz-, Kultus- und Wirtschaftsministerium. Von der Landesregierung nahm jedoch niemand teil.

Der *Hessische Städtetag* geht wie die GEW Hessen von einem Investitionsstau in Höhe von rund sechs Milliarden Euro an hessischen Schulen aus. Bundesweit beziffert das KfW-Kommunalpanel den kommunalen Investitionsrückstand im Schulbereich auf 69 Milliarden Euro. Dies stellt den größten Einzelposten des kommunalen Investitionsrückstands in Höhe von insgesamt 231 Milliarden Euro dar (siehe Abbildung). Christian Raffer vom *Deutschen Institut für Urbanistik* ist einer der Autor:innen des KfW-Kommunalpanels. Er verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass 64 Prozent der Kommunen ihren Investitionsrückstand an Schulen als nennenswert oder gravierend bewerten. Für Hessen fehlt eine vergleichbare Datengrundlage.

Investitionsrückstand der Kommunen (in Milliarden Euro)



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2026

Auch die Stellungnahme des *Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung* machte deutlich, wie schwierig eine belastbare Berechnung ist. Für Nordrhein-Westfalen kommt eine Untersuchung des Instituts je nach Methode auf einen Investitionsrückstand von 15 bis 36 Milliarden Euro. Mehrere Teilnehmer:innen forderten deshalb ein landesweites Schulbau-Monitoring. Zustand, Ausstattung und Investitionsbedarf der Schulen müssten regelmäßig und nach einheitlichen Kriterien erfasst werden.

Nicht nur Sanierung

Der Investitionsbedarf beschränkt sich nicht nur auf die Instandsetzung maroder Gebäude. Vielmehr gibt es neue Herausforderungen für die Schulinfrastruktur, die mitbedacht werden müssen – hierauf wies zum Beispiel die *Landesschüler*innenvertretung* mit Blick auf den Hitzeschutz hin. Auch der *elternbund hessen* forderte verbindliche Standards für Hitzeschutz und Raumklima. Gerade angesichts steigender Sommertemperaturen müssten Schulen besser geschützt werden.

Ein anderes Beispiel ist der Ganztagsausbau. Grundschulen benötigen zusätzliche Räume, Mensen und Küchen sowie Bewegungs- und Rückzugsbereiche. Der *Hessische Städtetag* bezifferte den investiven Bedarf allein für den Ganztagsausbau in Hessen auf rund 1,5 Milliarden Euro. Dem stehen Fördermittel von Bund und Land von etwas mehr als 300 Millionen Euro gegenüber. Der mit dem neuen Schuljahr gestartete Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz stellt die Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Sie sind grundsätzlich für die Schulgebäude zuständig, stecken aktuell aber flächendeckend in einer Finanzkrise.

Der *Städtetag* führt die angespannte Lage unter anderem auf zusätzliche Aufgaben zurück, die Bund und Länder den Kommunen übertragen hätten, ohne sie ausreichend zu finanzieren. Dies sei ein Verstoß gegen das sogenannte Konnexitätsprinzip, wonach Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammengehören: Wer eine Aufgabe beschließt, muss auch die Finanzierung der damit verbundenen Ausgaben sicherstellen.

Die Elternverbände richteten den Blick insbesondere auf die Qualität der Gebäude. Schule sei nicht nur Unterrichtsort, sondern auch Lern-, Lebens- und Arbeitsort. Raumklima, Akustik, Licht und Raumaufteilung beeinflussten sowohl das Wohlbefinden der Schüler:innen als auch die Arbeitsbedingungen des Personals. Der *Landeselternbeirat von Hessen* betonte dabei die Bedeutung einer bedarfsgerechten Infrastruktur für Inklusion, Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Die räumlichen Bedingungen müssten zeitgemäße Lernformen, individuelle Förderung und gemeinsames Lernen ermöglichen. Der *elternbund hessen* forderte deshalb, größere Bauprojekte grundsätzlich mit einer sogenannten „Phase Null“ zu beginnen. Vor der konkreten Planung sollen Schule, Schulträger, Eltern und weitere Beteiligte gemeinsam klären, welche pädagogischen Anforderungen das Gebäude erfüllen muss. Dies stellt einen grundsätzlichen Perspektivwechsel dar: Nicht die vorhandenen Räume sollen definieren, wie Schule stattfindet, sondern die pädagogischen Anforderungen sollen den Schulbau bestimmen.

Weitestgehend Einigkeit herrschte darüber, dass der schlechte Zustand der Schulinfrastruktur vor allem finanzielle Ursachen hat. Deshalb ist etwa nach Einschätzung von Christian Raffer eine Stärkung der kommunalen Investitionstätigkeit nur möglich, wenn eine längerfristige und verlässliche finanzielle Unterstützung von Bund und Land erfolgt. Aber fehlende finanzielle Mittel sind – darauf wiesen mehrere Anzuhörende hin – nicht das einzige Problem der Kommunen. Vielmehr fehle häufig auch das Fachpersonal in den Bauämtern. Hinzu kämen außerdem komplexe Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren sowie aufwendige Förderbedingungen. Deshalb könnten Projekte selbst oft dann nicht schnell umgesetzt werden, wenn das benötigte Geld vorhanden sei.

Das *Deutsche Institut für Urbanistik* plädierte deshalb für langfristigere und einfachere Förderprogramme. Auch standardisierte Planungen und modulare Bauweisen könnten helfen, Planungs- und Bauzeiten zu verkürzen. Ähnliche Forderungen kamen von den wirtschaftsnahen Verbänden. Besondere Bedeutung haben für sie die berufsbildenden Schulen. Die *Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern* und der *Hessische Industrie- und Handelskammertag* sahen erheblichen Modernisierungsbedarf insbesondere bei technischen Einrichtungen, Werkstätten und Laboren. Die Ausstattung der berufsbildenden Schulen müsse mit den Anforderungen der Wirtschaft Schritt halten. Veraltete Werkstätten und Labore erschwerten eine zeitgemäße Ausbildung und damit auch die Fachkräftesicherung.

Beispiel Thüringen

Thüringen zeigt, wie ein Bundesland seine Kommunen bei dringend notwendigen Investitionen trotz Schuldenbremse finanziell unterstützen kann – und bietet damit auch für Hessen ein interessantes Beispiel. Im Rahmen der Anhörung stellte der Thüringer *Finanzstaatssekretär Birger Scholz* das Kommunale Investitionsprogramm 2026–2029 seines Bundeslandes vor. Mit einem Gesamtvolumen von einer Milliarde Euro würden Thüringens Städte, Gemeinden und Landkreise in die Lage versetzt, den erheblichen Sanierungs- und Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur abzubauen.

Die Kommunen können für ihre Investitionen Kredite über die Thüringer Aufbaubank (TAB) aufnehmen. Das Land Thüringen übernimmt anschließend die Zins- und Tilgungsleistungen vollständig. Dadurch können wichtige Investitionen umgesetzt werden, ohne die kommunalen Haushalte zusätzlich zu belasten. Gefördert werden unter anderem die Sanierung von Schulen, Straßen und Sportstätten sowie Investitionen in den Brandschutz und die digitale Verwaltung.

Der Vorsitzende der GEW Hessen, Thilo Hartmann, sah hierin ein gutes Beispiel auch für Hessen. Ein vergleichbares Investitionsprogramm für die dringend sanierungsbedürftigen Schulen könne beispielsweise über die WIBank organisiert werden. Gerade angesichts des vielerorts erheblichen Sanierungsbedarfs und der angespannten finanziellen Lage vieler hessischer Kommunen sei ein solches Modell ein sinnvoller Weg, um die notwendigen Investitionen im Schulbau zu ermöglichen.

GEW-Anhörung: Wer war dabei?

Die GEW Hessen hat am 7. September im Gewerkschaftshaus in Frankfurt eine Anhörung zum Investitionsstau an Schulen durchgeführt.

Bei der Anhörung vertreten waren: der Hessische Städtetag, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu, Berlin), das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK, Düsseldorf), die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (ARGE), der Hessische Industrie- und Handwerkskammertag (hihk), die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), der Hauptpersonalrat Schule, die Landesschüler*innenvertretung Hessen (lsv Hessen), der Landeselternbeirat Hessen (LEB Hessen), der elternbund hessen (ebh) sowie das Thüringer Finanzministerium.

Kurzfristig absagen musste krankheitsbedingt Dr. Simone Kosica-Fawcett, die eigentlich aus der Perspektive der pädagogischen Forschung einen Blick auf die Bedeutung der Schulinfrastruktur für den Bildungserfolg werfen wollte. Ebenfalls aufgrund von Krankheit konnte Jens Womelsdorf, Landrat im Landkreis Marburg-Biedenkopf, nicht an der Veranstaltung teilnehmen.

Die Stellungnahmen können online eingesehen werden: *www.gew-hessen.de/details/gew-sieht-sich-in-zentralen-einschaetzungen-und-forderungen-bestaetigt*

Zum Inhaltsverzeichnis

Inklusionspreis geht in dritte Runde

Bewerbungen sind noch bis zum 31. Januar 2027 möglich

Roman George

Die Gruppe InklusionsBeobachtung (GIB) hat im August dieses Jahres zu Bewerbungen auf den Hessischen Inklusionspreis 2027 aufgerufen. Der Inklusionspreis, der 2022 erstmalig ausgeschrieben wurde, geht damit in die dritte Runde. Angesprochen sind mit der Kategorie „Bildung“ sowohl Kitas als auch Schulen. Darüber hinaus können im Bereich „Alltag“ auch Vereine und Non-Profit-Organisationen mitmachen. *„Es können sich alle bewerben, die besonders gelungene inklusive Ansätze realisieren“*, heißt es in der Ausschreibung.

Die erste und die zweite Runde des Inklusionspreises haben bereits aufgezeigt, auf welch vielfältige Art und Weise Inklusion in Hessen gelebt wird. In beiden Runden haben sich so viele Bildungseinrichtungen und Initiativen beworben, dass der Jury am Ende die Entscheidung alles andere als leichtgefallen ist.

Inklusion leben

In der HLZ haben wir die Preisträger ausführlich vorgestellt (HLZ 6/2023 & 9-10/2025). Darunter finden sich Kitas, Schulen, Sportvereine und Projekte der unterschiedlichsten Art – von inklusiven Partys im Wiesbadener Schlachthof bis zum inklusiven Klettertreff in Gießen. In der ersten Runde waren Bewerbungen in den drei Bereichen „Frühkindliche Bildung“, „Schule“ und „Freizeit, Sport, Vereine“ möglich. In der zweiten Runde wurde zwischen den beiden Bereichen „Bildung“ und „Freizeit“ unterschieden. Eine Übersicht über die verliehenen Preise ist der nebenstehenden Tabelle zu entnehmen.

Preisträger Hessischer Inklusionspreis
Hessischer Inklusionspreis 2022
Frühkindliche Bildung
1. Preis: Kita Grüne Soße, Frankfurt
2. Preis: Integrative Kindereinrichtungen, Lebenshilfe Frankfurt
Schule
1. Preis: IGS Süd, Frankfurt
2. Preis: Grundschule Süd-West, Eschborn
3. Preis: Gesprächskreis Inklusion an der Wöhlerschule, Frankfurt
Freizeit/Sport/Vereine
1. Preis: Tennis für alle, TC Laubach e.V.
2. Preis: Projekt ZukunftsDorf22, Kassel
3. Preis: Inklusiver Klettertreff im DAV Kletter- & Boulderzentrum Gießen
3. Preis: Inklusives Wohn- und Begegnungszentrum Am Alten Flughafen, Gießen
Hessischer Inklusionspreis 2025
Bildung
1. Preis: Finde deinen Weg – Freiherr-vom-Stein-Schule, Eppstein
2. Preis: Inklusive Kita Schwalbennest, Lampertheim
3. Platz: Johann-Philipp-Reis-Schule, Friedberg
Freizeit
1. Preis: Kinder- und Jugendzirkus Zarakali, Frankfurt
2. Preis: LIEBE x LEBEN x FEIERN – inklusive Partys in Wiesbaden
3. Platz: Büro Barrierefreies Wandern, Friedberg

Die Bewertungsmaßstäbe, an denen sich die Jury in der Vergangenheit orientierte, gelten weiterhin. Besonders angesprochen sind Projekte, die mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen:

- Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderung in den Blick nehmen
- Teilhabe ermöglichen und fördern
- Gemeinsames (Er-)Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung, Gemeinschaft ermöglichen
- Demokratische Beteiligung fördern
- Einen „Pioniercharakter“ aufweisen, etwas Neues ausprobieren

Ziel des Inklusionspreises ist es, den vielen bestehenden inklusiven Ansätzen zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Diese können zum Nachahmen anregen, oder auch zu anders ausgestalteten Projekten. *„Gleichzeitig werden wir nicht darin nachlassen, von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung gute Rahmenbedingungen für inklusive Bildung einzufordern“*, stellt die Gruppe InklusionsBeobachtung im Ausschreibungsflyer klar.

Prominente Paten

Der Hessische Inklusionspreis erfreut sich von Anfang an prominenter Unterstützung. In der ersten Runde wünschte Eintracht-Legende Alex Meier den Teilnehmenden viel Erfolg bei ihren Bewerbungen. Auf dem Sportplatz und anderswo gelte: *„Wir sind alle verschie-*

den. Gewinnen können wir nur gemeinsam.“ Die zweite Runde unterstützte das Mundart-Duo Badesalz. Hendrik Nachtsheim und Gerd Knebel gaben die folgende Botschaft mit: *„Wichtig beim Umgang mit Inklusion ist, dass man dabei gar nicht drüber nachdenkt, dass es was mit Inklusion zu tun hat!“* Zur Preisverleihung sendete Hendrik Nachtsheim ein bewegendes Grußwort. Wenige Wochen danach verstarb Gerd Knebel, der schon zum Zeitpunkt der Preisverleihung schwer erkrankt gewesen ist, was damals jedoch noch nicht öffentlich bekannt war.

Die Paten des Hessischen Inklusionspreises 2027 sind Mirco und Jason Juterczenka, die als „Wochenendrebellen“ ein großes Publikum berührt haben. Die Geschichte über den autistischen Zehnjährigen, der zusammen mit seinem Vater die Stadien aller 56 Fußball-Profivereine besucht, wurde 2023 als Spielfilm veröffentlicht. Beide engagieren sich mit inzwischen zwei Büchern, mehreren Podcast-Formaten und zahlreichen Vorträgen dafür, „Autismus-Klischees aufzubrechen“. Pate Jason von Juterczenka regt in diesem Sinne zum Nachdenken an: *„Es gibt ungefähr acht Milliarden verschiedene Arten, Mensch zu sein. Warum sollte eine davon als Standard gelten?“*

Am Ende wird gefeiert

Die Preisverleihung erfolgte bereits bei den ersten beiden Runden in einem feierlichen Rahmen. 2025 sprachen unter anderem der Landesbehindertenbeauftragte Andreas Winkel und die damalige Frankfurter Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg im Haus am Dom in der Frankfurter Innenstadt. Die hessische Sozialministerin Heike Hofmann übermittelte ein Grußwort per Video. Für den musikalischen Rahmen sorgte der junge Musiker Mika Mai.

Das Format der Preisverleihung unterstützt das Ziel, die Sichtbarkeit von inklusiven Projekten zu erhöhen. Darüber hinaus soll so den vielen eingeladenen Kindern und Jugendlichen sowie dem haupt- und ehrenamtlichen Personal der ausgezeichneten Einrichtungen Anerkennung und Wertschätzung ausgedrückt werden. Wie in den Jahren zuvor wird der Preis 2027 im Rahmen des Europäischen Aktionstags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Mai verliehen.

Auch wenn die Preisgelder primär einen symbolischen Charakter haben, können sie vor allem für kleinere Vereine und Initiativen dennoch einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung ihrer Arbeit leisten. Das Preisgeld für die beiden ersten Preise liegt 2027 bei jeweils 700 Euro. Für die zweiten Preise sind jeweils 450 Euro und für die dritten Preise jeweils 350 Euro veranschlagt.

Über die Preisverleihung entscheidet eine Jury, in der jede Mitgliedsorganisation der Gruppe InklusionsBeobachtung mit einer Person vertreten ist. Neben der GEW Hessen sind das die Landesschüler*innenvertretung Hessen, der elternbund hessen, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte von Hessen – Landesausländerbeirat, Gemeinsam leben Frankfurt und der Landesbehindertenrat Hessen. Die Frankfurter Rundschau begleitet den Inklusionspreis von Anfang an als Medienpartner und wird über die dritte Runde erneut ausführlich berichten.

Wie bewirbt man sich?

Unter den Mitgliedern der GEW Hessen sind zweifelsohne viele in Bildungseinrichtungen tätig, die die Voraussetzungen für eine Bewerbung auf den Hessischen Inklusionspreis erfüllen. Hinzu kommt möglicherweise ein ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder Initiativen, die ebenfalls preiswürdig sein können. Vor diesem Hintergrund wirbt Thilo Hartmann als Vorsitzender der GEW Hessen und als Mitglied der Jury für eine Teilnahme:

„In der GEW haben wir uns schon für die Inklusion eingesetzt, als es den Begriff in Deutschland noch überhaupt nicht gab. Die Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung als Sparmodell bringen uns nicht von den richtigen Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention ab. Mit dem Inklusionspreis zeigen wir nun schon zum dritten Mal auf, wie Inklusion in Hessen gelebt wird. Und gleichzeitig lassen wir nicht nach, für bessere Bedingungen zu kämpfen. Wir freuen uns auf viele neue Bewerbungen mit großartigen Projekten aus Kitas, Schulen und Vereinen!“

Die Gruppe InklusionsBeobachtung verzichtet bewusst auf strikte Vorgaben für die Bewerbung. Die Unterlagen müssen lediglich zwingend eine Kontaktperson benennen und die wesentlichen Basisinformationen zu der jeweiligen Einrichtung darstellen. In den Mittelpunkt soll die konkrete Umsetzung anhand der oben genannten Kriterien gestellt werden. Dazu kann gerne auf bereits vorhandene Dokumente zurückgegriffen werden. Auch Bilder oder Videos können eingereicht werden.

Alle bis zum Stichtag 31. Januar 2027 eingegangenen Bewerbungen werden berücksichtigt. Sie werden per E-Mail an *info@gib-hessen.de* übermittelt. Bei Rückfragen rund um die Bewerbung steht Isabel Carqueville, Referentin des GEW-Landesverbandes, gerne zur Verfügung (E-Mail: *icarqueville@gew-hessen.de*, Mobil: 0160-98714045). Nähere Informationen finden sich auf der Homepage der Gruppe InklusionsBeobachtung: *www.gib-hessen.de*

Zum Inhaltsverzeichnis

Die rechte Meinungsmache von NiUS

Das Geschäftsmodell der Medienplattform besteht in Hass und Hetze

Dennis Kahlenberg

Seit 2023 verbreitet der ehemalige BILD-Chefredakteur Julian Reichelt über die von ihm gegründete Medienplattform NiUS rechtspopulistische und reaktionäre Meinungsmache. Die Formate reichen von Webseiten-Artikeln über Radioprogramme bis hin zu Livestreams und kurzen Videos auf den gängigen Social-Media-Plattformen. NiUS wurde explizit nach dem Vorbild des dem MAGA-Lager nahestehenden US-Senders *Fox News* aufgebaut.

Neben *Apollo News, Compact, Tichys Einblick* und der *Jungen Freiheit* hat sich NiUS zu einem zentralen Bestandteil der neuen rechten Medienlandschaft in Deutschland entwickelt. Auch rechte Influencer:innen, die sich als Verfechter:innen der Meinungsfreiheit ansehen, während sie gleichzeitig jede Kritik als Eingriff in die Meinungsfreiheit abtun, sind schon seit Jahren bestens in der Neuen Rechten vernetzt. Diese Vernetzung von rechtskonservativen und rechtsextremen Politiker:innen, Milliardär:innen, Thinktanks und Medienschaffenden stellt die Demokratie vor enorme Herausforderungen.

Aus den einsehbaren Webseitenartikeln, die sich ausdrücklich mit Gewerkschaften beschäftigen, geht keine unmittelbar gewerkschaftsfeindliche Haltung hervor. Dennoch stehen die bei NiUS publizierten Meinungen den Werten von Gewerkschaften diametral gegenüber. Arbeitnehmer:innenrechte und Mitbestimmung im Betrieb kommen nicht vor. Die Autor:innen verbreiten häufig ein marktradikales Wirtschaftsverständnis und lehnen beispielsweise den Mindestlohn kategorisch ab. Passend zur Programmatik der AfD wird eine stärkere Besteuerung von Erbschaften und Vermögen abgelehnt. Hinzu kommt, dass Interviewpartner:innen und Mitarbeiter:innen ein offen rechtskatholisch-antifeministisches Weltbild vertreten. (1) Hass und Hetze richten sich besonders gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und wehrhafte zivilgesellschaftliche Akteur:innen.

Damit verfolgt NiUS hauptsächlich ein Ziel: die Polarisierung voranzutreiben und den Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Für die eigene Berichterstattung gibt sich die Plattform offenbar keine klaren redaktionellen Leitlinien. Auf der Webseite findet sich nur ein schwammiger Passus zu den eigenen Qualitätsstandards. NiUS recherchiere „furchtlos und objektiv“, informiere über „die Fakten, auch wenn sie unbequem sind“. Die Mitarbeiter:innen von NiUS seien „entschiedene Kritiker von Handelnden, die demokratische Grundprinzipien missachten und die Bürger gängeln oder gar zum Gleichschritt zwingen.“ (2) Das liest sich erstmal gut, hat aber nichts mit dem Pressekodex des Deutschen Presserats zu tun, welchen NiUS nicht anwendet.

Die fehlenden journalistischen Qualitätsstandards mögen ein Grund dafür sein, dass NiUS eine juristische Schlappe nach der anderen erleidet. Erst kürzlich urteilte das Landgericht Köln, dass die Berichterstattung über ein angebliches „Fastenbrechen für Bürgergeldempfänger“ in einer Kölner Behördenkantine „gänzlich unwahr“ gewesen ist. (3) Der diesbezügliche Artikel wurde nach dem Urteil ohne Hinweis der Redaktion überarbeitet und die Bildaufnahmen gelöscht. Ähnlich verlief es in einem Rechtsstreit vom Mai 2026. Das Portal musste 6.000 Euro Schadensersatz an eine Frau bezahlen, weil ihre Persönlichkeitsrechte im Zuge einer transfeindlichen Berichterstattung verletzt wurden. (4)

Das Edelweiss Netzwerk beobachtet NiUS & Co., um rechte Kampagnen frühzeitig zu entlarven. Das Netzwerk veröffentlicht den wöchentlich erscheinenden Newsletter „Rechtes Radar“.

Wenig Reichweite

Dabei läuft es für das von dem Großunternehmer Frank Gotthardt querfinanzierte rechtspopulistische Medienunternehmen NiUS finanziell ohnehin schlecht: Die dahinterstehende Kapitalgesellschaft Vius SE & Co. KGaA schreibt seit drei Jahren rote Zahlen. 2022 betrug das Minus noch rund drei Millionen Euro. Im Geschäftsjahr 2023 stieg der Verlust auf rund 13,8 Millionen Euro an. Ein neuer Negativrekord im Jahr 2024 von rund 16,2 Millionen Euro Miese brachte bestimmt ebenfalls nicht die Sektkorken zum Knallen. (5) Woran liegt das?

Die selbsternannte „Stimme der Mehrheit“ schafft es offensichtlich nicht, ihre hetzerischen und rechtspopulistischen Inhalte zu monetarisieren. Das liegt zum einen daran, dass die Reichweite sinkt. Nach Angaben des Fachportals *meedia.de* verzeichnete die NiUS-Homepage im April 2026 lediglich 3,5 Millionen Aufrufe. Damit lag das Portal sogar unter dem Wert vom Juli 2023, als es gerade gestartet war, und deutlich unter dem Höchststand von 9,5 Millionen Aufrufen im August 2024. Im Ranking der deutschen Online-Medien belegt NiUS damit lediglich Platz 171. (6) Auch auf Social Media performen die Livestreams eher schlecht. Nur einzelne Beiträge, wie zum Beispiel über die Proteste gegen den AfD-Parteitag in Erfurt, erzielen eine große Reichweite.

Frank Gotthardt betreibt neben NiUS auch das rechtspopulistische Medienportal *exxpress* in Österreich. Zudem finanziert er die Fernsehsender DRF1, TV Mittelrhein und WWTV mit. Er war langjähriger Landesvorsitzender der CDU-nahen Lobbyorganisation *Wirtschaftsrat Deutschland* in Rheinland-Pfalz und Mitglied deren Bundesvorstands. Die Nähe zu führenden Politiker:innen wurde im Wahlkampf 2024 sichtbar. Neben dem damaligen CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann waren auch der damalige FDP-Vorsitzende Christian Lindner und der damalige stellvertretende Unions-Bundesfraktionsvorsitzende Jens Spahn zu Gast. Die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner besuchte im vergangenen Jahr ein von Gotthardt organisiertes CDU-Fest auf dessen Firmengelände.

Wie rechtspopulistische Medien Stimmungen erzeugen und sogar auf das Abstimmungsverhalten von Unions-Abgeordneten einwirken können, zeigte im Sommer 2025 die abgesetzte Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zur Richterin am Bundesverfassungsgericht. Eine Analyse des Thinktanks *Polisphere* weist nach, wie die rechtspopulistischen Medien gezielt Stimmung gegen Brosius-Gersdorf gemacht haben. (7) Allein NiUS veröffentlichte 20 Artikel zu ihr innerhalb von zehn Tagen. Brosius-Gersdorf wurde unter anderem eine „linksradikale“ Gesinnung unterstellt, ihre differenzierte Position zu Schwangerschaftsabbrüchen falsch wiedergegeben.

NiUS mag aktuell finanziell nicht gut dastehen und über eine geringe Reichweite verfügen. Dennoch wird dem Portal, nicht zuletzt in Unionskreisen, eine erhebliche Relevanz zugesprochen. Der Mehrwert für die Anteilseigner Reichelt und Gotthardt generiert sich also nicht aus einem unmittelbaren finanziellen Profit, sondern aus der von ihnen angestrebten Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses.

Verbreitung über Radio

Umso besorgniserregender ist es, dass NiUS Radio seit dem 1. Januar 2026 über eine DAB+-Lizenz in Hessen verfügt. So kann das Programm neben dem Internet-Stream zum Beispiel auch über das Autoradio empfangen werden. Von montags bis freitags findet von 6 bis 9 Uhr morgens eine Live-Übertragung statt, die sich wie eine AfD-Dauerwerbesendung anhört. Ansonsten setzt sich das Programm aus wiederverwerteten Ausschnitten anderer NiUS-Formate zusammen. Um die Meinungsmache in ein unauffälliges Gewand zu hüllen, wechseln sich die Beiträge mit Songs unterschiedlichster Musikrichtungen ab.

Bisher ist NiUS Radio neben Hessen auch in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen und im Saarland zu hören. Die bundesweite Zulassung hatte der Sender zuvor von der Medienanstalt Berlin-Brandenburg erhalten. Auf Nachfrage der epd-Medien teilte die Medienanstalt Berlin-Brandenburg mit, dass sie in Bezug auf NiUS bislang aufgrund von 51 Bürgerbeschwerden oder Beschwerden von Amts wegen tätig geworden ist (Stand: Dezember 2025). 49 Meldungen betrafen das Telemedienangebot und zwei Fälle den Hörfunk. In 30 Fällen wurde kein Rechtsverstoß festgestellt, in sieben Fällen wurden Hinweisschreiben oder Anhörungen versendet. Davon sei es in zwei Fällen zu einem Aufsichtsbescheid gekommen. 14 Fälle seien noch in Bearbeitung. Der überwiegende Teil beziehe sich auf die Frage, ob NiUS die journalistischen Sorgfaltspflichten einhalte. (8) Wer eine Bürgerbeschwerde einreichen will, kann das über ein Webformular bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg tun. (9)

Neben wichtigen, aber bisweilen sehr langwierigen Programmbeschwerden formiert sich inzwischen ein gut aufgestelltes Netzwerk, um frühzeitig rechte Kampagnen zu entlarven. Das *Edelweiss Netzwerk* veröffentlicht seit März 2026 kritische Artikel über NiUS und Co. Dazu arbeiten sie mit Partnerorganisationen, Expert:innen und Jurist:innen zusammen, um rechte Kampagnen zu dekonstruieren. Außerdem bietet das Netzwerk den wöchentlichen Newsletter „Rechtes Radar“ an. (10)

(1) Andreas Kemper: NiUS - Rechtskatholisch-antifeministischer Hang zum Adel, 22.3.2026, *https://edelweissnetzwerk.de/artikel/nius-rechtskatholisch-antifeministischer-hang-zum-adel*

(2) *www.nius.de*

(3) Max Kolter: Nius hat Ramadan-Skandal erfunden. Kernaussagen lau LG Köln „sämtlich unwahr“, 24.4.2026, *www.lto.de/recht/nachrichten/n/lg-koeln-14o10026-NiUS-reichelt-buergergeld-essen-buefett-kantine*

(4) Tagesspiegel: Wegen Transfeindlichkeit. Julian Reichelts „Nius“-Portal muss Strafe zahlen, 20.5.2026, *www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/wegen-transfeindlichkeit-frauenfitnessstudio-soll-6000-euro-zahlen-15620191.html*

(5) Jahresabschluss VIUS SE & Co. KGaA, *www.northdata.de/VIUS%20SE%20&%20Co%C2%B7%20KGaA,%20Berlin/Amtsgericht%20Charlottenburg%20(Berlin)%20HRB%20247426%20B*

(6) Lars Wienand: Tiefrote Bilanz. Verluste bei Reichelts „Nius“ weiten sich aus, 19.5.2026, *www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_101258246/julian-reichelt-NiUS-rutscht-tiefer-in-die-roten-zahlen.html*

(7) Deutschlandfunk: Frauke Brosius-Gersdorf. Stimmungsmache von rechts, 15.7.2025, *www.deutschlandfunk.de/frauke-brosius-gersdorf-rechte-kampagne-analyse-100.html*

(8) epd Medien: „Nius - Das Radio“ künftig auch in Hessen auf DABplus, 22.12.2025, *https://medien.epd.de/article/4101*

(9) *www.mabb.de/regulierung/beschwerden*

(10) Rechtes Radar – Netzwerk Edelweiss: *https://edelweissnetzwerk.de/rechtesradar*

Zum Inhaltsverzeichnis

Wenn du den Frieden willst ...

Wilfried Metschs neues Buch zur Kritik der „Kriegskunst"

Hajo Dröll

In einer Zeit, in der Bundeswehroffiziere sich an den Schulen ausbreiten und für den Kriegsdienst werben, in der die drohende „Wehr"pflicht wie ein Damoklesschwert über der männlichen Jugend hängt und uns allen wieder „Kriegstüchtigkeit" beigebracht werden soll, erscheint – ganz gegen den Geist der Zeit – ein Buch mit dem programmatischen Titel „Zur Kritik der ‚Kriegskunst' – Eine Einführung". Es ist nach „Die Kunst des Aufstands" und „Friedrich der II. (der Große) – eine ‚höllische' Kunst des Krieges" das dritte Buch von Wilfried Metsch zu militärischen Themen. Es will dem Frieden dienen und der Kriegstüchtigkeit und der „Zeitenwende" anhand von Fakten und Kenntnissen den Kampf ansagen.

Metsch hat in der hessischen GEW Spuren hinterlassen. Durch die 68er-Bewegung politisch sozialisiert (er war im „heißen Herbst" 1977 Vizepräsident des Frankfurter Studentenparlaments), profilierte er sich als Streikführer in den 1990er Jahren in der Berlitz-Tarifbewegung (Berlitz ist ein weltweit tätiger Sprachschulkonzern) und war einer der Pioniere in der Entwicklung der GEW zur Tarifgewerkschaft. Lange Jahre war Metsch Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Hessen.

Wilfried Metsch: Zur Kritik der „Kriegskunst" – Eine Einführung. Europa Edizioni srl: Rom 2026. 392 Seiten. 18,50 Euro.

Die Wahrheit als erstes Kriegsopfer

Metsch beginnt sein 390 Seiten umfassendes Werk mit dem berühmten Satz des griechischen Dichters Aischylos: *„Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit."* Zweieinhalbtausend Jahre hat sich diese Weisheit immer wieder aufs Neue bestätigt und die Gegenwart bietet reichlich Stoff für diese tiefe Erkenntnis. *„Si vis pacem, para bellum"* (Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor) hat die öffentliche Debatte über Aufrüstung jahrhundertelang geprägt. (Übrigens sprach drohend bei den Berlitz-Tarifverhandlungen immer der Verhandlungsführer der Konzernleitung so, wenn es ernst wurde.) Metsch setzt dem einen Satz des berühmten Militärhistorikers Basil Liddel Hart entgegen: *„Wenn du den Frieden willst, studiere den Krieg."*

Und das führt Metsch in sechs Teilen aus. Neben dem Teil „Manipulierte Kriegslegitimationen" und dem Teil „Allgemeines Fazit über die ‚Kunst der Kriegsführung'" vermitteln die anderen Teile grundlegendes kritisches Wissen über Kampfführung und militärische Begriffe, wie z. B. Angriff und Verteidigung, interkultureller und intrakultureller Krieg, Blitzkrieg, Präventivkrieg oder auch die oft unterschätzten Probleme der militärischen Logistik. Sogar die berühmte „schiefe Schlachtordnung" wird erklärt.

Breiter Überblick

Die Spanne der Betrachtung reicht von antiken Schlachten (z. B. Cannae, Thermophylen) bis zu gegenwärtigen Auseinandersetzungen (z. B. Atomkrieg, Partisanen- und Guerillakrieg, symmetrischer – asymmetrischer Krieg, Kolonialkrieg). Auch Militärfirmen, Söldner und der militärisch-industrielle Komplex werden behandelt.

Drei große Dialektiker – Carl von Clausewitz, Friedrich Engels, Mao Tse-Tung – kommen ausführlich zu Wort, aber auch andere Autoren, wie Macchiavelli, Friedrich „der Große", Jomini, Sunzi, von Moltke usw. usf. Außerdem breitet der Autor eine Fülle von Sekundärliteratur aus. Politisch ist es Metsch wichtig, bei dem aktuellen Postulat der „Kriegstüchtigkeit" herauszuarbeiten, dass vor dem Hintergrund des ausgebreiteten historischen Materials dies nicht anders verstanden werden kann, als nicht nur die Verteidigung, sondern auch den Angriff zu legitimieren.

Im Unterricht kann das Buch von großem Nutzen sein. Im Abschnitt „Manipulierte Kriegslegitimationen" werden verschiedene historische Vorfälle dargestellt, z. B. der Überfall auf den Sender Gleiwitz, bei dem 1939 SS-Männer in polnischer Uniform einen Überfall auf den deutschen Rundfunksender durchführten, was dazu führte, dass „seit 5:45 Uhr zurückgeschossen" und damit der Zweite Weltkrieg ausgelöst wurde. Oder 2003 die dreisten und später selbst eingestandenen Lügen des amerikanischen Außenministers Colin Powell vor der UNO über Saddam Husseins „Massenvernichtungswaffen", die es nie gegeben hat und die den Irakkrieg rechtfertigen sollten. Bei vielen Einzelthemen des Bandes werden dem Leser weitere Beispiele einfallen (etwa die Bomben im Golf von Tonking), die nicht erwähnt sind, aber doch nur die generalisierenden Aussagen weiter erläutern würden. Solch ein kenntnisreiches Buch hat bisher gefehlt.

Militarisierung der Gesellschaft

Ingar Soltys Flugschrift zur Ideologie der „inneren Zeitenwende“

Hans Otto Rößer

Die 2022 proklamierte „Zeitenwende“ ist nicht nur ein Befund, sie ist Aufruf zu einer nie gekannten Aufrüstung und zur Formierung einer „kriegstüchtigen“ Gesellschaft. Diese Dimension nennt Ingar Solty die „innere Zeitenwende“. Der Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den bekanntesten Intellektuellen der Stiftung, nicht nur aufgrund seiner enormen publizistischen Produktivität, sondern auch aufgrund seiner medialen Präsenz.

In der ersten Hälfte des Buches geht es um die politische Ökonomie des Aufrüstungsstaates. Den Rüstungskonzernen steht ein Nachfragevolumen gegenüber, das sich aus dem regulären Rüstungsetat, der durch die Übernahme der NATO-Richtlinien (2 Prozent des BIP durch die „Ampel“ im Februar 2022, Übernahme des 5-Prozent-Zieles durch die Merz-Regierung) kontinuierlich hochgefahren wird, und aus den „Sondervermögen“ der beiden Regierungen zusammensetzt. Diese Daten sind zu ergänzen durch den im Frühjahr vom Finanzminister veröffentlichten „Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030“. Danach soll der Rüstungsetat von 108 Mrd. Euro 2026 auf 196,4 Mrd. Euro im Jahr 2030 steigen, das wären dann 31,4 Prozent des Bundeshaushaltes. Hinzu kommen die Kosten des Schuldendienstes, die jetzt schon 30 Mrd. Euro pro Jahr betragen und sich bis 2029 verdoppeln werden.

In sieben Argumentationsschritten setzt sich Solty mit dem Mythos auseinander, Aufrüstung sei eine „Jobmaschine“ (S. 35 ff.). Wachstumseffekte des Rüstungssektors fallen deutlich geringer aus als bei Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und zivile Industrie. Die mit dem Wachstum der Rüstungsindustrie prognostizierten neuen Arbeitsplätze können noch nicht einmal die Arbeitsplatzverluste in der Autoindustrie und bei den Zulieferern seit 2019 kompensieren (S. 38). Schließlich kritisiert Solty den Kinderglauben, man könne beides haben: Aufrüstung und einen funktionierenden Sozialstaat. Dass Aufrüstung zum Sozialabbau führt und damit vor allem die Lohnabhängigen trifft, dazu wird man heute nicht mehr aufwändig argumentieren müssen. Man braucht nur der aktuellen Berichterstattung zu folgen.

Im zweiten Teil dieser „Flugschrift“ geht es um die ideologische und autoritäre Formierung der Gesellschaft. Der „glückssüchtigen Gesellschaft“ soll ein Ende bereitet und eine „neue Lust auf Helden“ geweckt werden. Beispiele sind die Militarisierung des Bildungssystems (Bundeswehr in den Schulen, Abschaffung der Zivilklausel an Universitäten) und des Gesundheitswesens (Notwendigkeit der Triage im Krisenfall) und die „autoritäre Wende“ der „Mitte“ von der Einschränkung der Meinungsfreiheit bis hin zur Wiederbelebung des Radikalenerlasses.

Wer einräumt, dass Solty Fakten und Positionen zutreffend darstellt, muss seine Bewertungen und Schlussfolgerungen noch nicht teilen. Angelpunkt einer Bewertung der „inneren Zeitenwende“ ist die Frage, ob mit dem Ukrainekrieg seit 2022, den er unmissverständlich einen „völkerrechtswidrigen Überfall“ Russlands nennt (S. 7), eine Bedrohungslage entstanden ist, die die exorbitante Aufrüstung und den damit verbundenen Rückbau des Sozialstaates rechtfertigt. Solty verneint das u. a. mit Verweis auf die bereits bestehende Überlegenheit der NATO über das russische Militärpotential. Zudem erinnert er daran, dass es im vereinten Deutschland seit 1990 einen Eliten-Konsens gibt, die „militärische Zurückhaltung“ aufzugeben und erneut zu einer Großmacht zu werden.

Stehen Soltys Analysen für eine Minderheit? Nach einer Umfrage von infratest-dimap im Auftrag der ARD vom Juni 2025 sollen 50 Prozent der Befragten das „5-Prozent-Ziel“ für den Rüstungsetat für „angemessen“ halten, während nur 35 Prozent dieses Ziel zu weit geht (S. 21). Damit scheint der Jahrzehnte lang geltende „Elite-Masse-Bruch“ (S. 33), wonach dem Ruf nach „Mehr Verantwortung“ ein breites „Nie wieder“ in der Bevölkerung gegenüberstand, am Zuheilen zu sein. Solty zitiert jedoch später eine neuere Umfrage von Forsa, nach der nur 38 Prozent der Befragten eine „militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa“ befürworten, während dies 61 Prozent ablehnen (S. 52). Dieser Widerspruch steht für ein dynamisches Konfliktfeld. Solty setzt dabei auf die, denen dieser Widerspruch so auf den Leib rückt, dass sie sich entscheiden müssen. Das sind die Menschen, die sich zu neuer Wehrpflicht und einem möglichen Kriegseinsatz positionieren müssen, und die, die die Abwicklung des Sozialstaats in ihrem Alltag zu spüren bekommen. Mit Bertolt Brecht kann man Solty so verstehen: *„Die Widersprüche sind die Hoffnung.“*

Ingar Solty: Innere Zeitenwende. Die Militarisierung von Deutschlands Gesellschaft und Alltagskultur. Eine Flugschrift. VSA: Hamburg 2026. 118 Seiten. 12 Euro.

Zum Inhaltsverzeichnis

Beurteilungsrichtlinien für Lehrkräfte

Was sich seit dem 1. August 2026 geändert hat

Kathrin Kummer, Landesrechtsstelle der GEW

Beurteilungen sind für Lehrkräfte insbesondere bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit, der Übertragung besonderer Aufgaben, der Besetzung von Funktionsstellen sowie für weitere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten von erheblicher Bedeutung. Im Unterschied zu vielen anderen Beamtengruppen werden dienstliche Beurteilungen in Hessen bei Lehrkräften nicht regelmäßig, sondern nur aus besonderem Anlass erstellt, beispielsweise im Rahmen einer Bewerbung auf eine Funktionsstelle. Lehrkräfte können auch selbst aus besonderem Anlass die Erstellung einer Beurteilung beantragen. Seit 2015 gelten in Hessen Beurteilungsrichtlinien für Lehrkräfte, die die wesentlichen Grundsätze des Beurteilungsverfahrens regeln. Unter Einbeziehung des Hauptpersonalrats Schule wurden die Beurteilungsrichtlinien umfassend überarbeitet. Die neuen Richtlinien traten am 1. August 2026 in Kraft. Die Richtlinien und alle Anlagen findet man auf der Seite Hessenrecht: www.rv.hessenrecht.hessen.de (siehe Kasten)

NEU: Lebenszeitverbeamtung – Statt Noten ein Beitrag zur Feststellung der Bewährung

Neu ist insbesondere, dass weder zur Erstellung eines Zwischenberichts zur Hälfte der Probezeit noch zum Ende der Probezeit eine dienstliche Beurteilung gefordert wird. Stattdessen erstellt die Schulleitung jeweils einen Beitrag zur Feststellung der Bewährung. Anders als bisher werden für die Einzelleistungen in der Leistungs- und Befähigungsfeststellung keine Noten bzw. Punkte vergeben, sondern Textbausteine wie „erfüllt“, „teilweise erfüllt“ oder „nicht erfüllt“ ausgewählt. Auch für den Unterrichtsbesuch erfolgt keine Bewertung in Punkten, sondern diese fließt in die Leistungsbeurteilung ein. Eine Begründung in Textform ist nur erforderlich, wenn die Bewährung nicht oder zumindest noch nicht abschließend festgestellt werden kann. Der Beitrag muss der Lehrkraft von der erstbeurteilenden Schulleitung zur Kenntnisnahme vorgelegt werden, bevor er an das Staatliche Schulamt zur Zweitbeurteilung und Feststellung der Bewährung weitergegeben wird.

Weitere Informationen

Ein ausführliches Info der Landesrechtsstelle zur Neufassung der dienstlichen Beurteilungen findet man auf der Homepage der GEW Hessen unter *www.gew-hessen.de > Recht > Dienstliche Beurteilung*. Für den Login zum Mitgliederbereich benötigt man neben dem Nachnamen die Mitgliedsnummer. Diese findet man auf jeder Ausgabe der GEW-Bundeszeitschrift E&W oder auf dem Kontoauszug für den GEW-Mitgliedsbeitrag.

NEU: Dienstliche Beurteilung bei Bewerbung auf Funktionsstellen

Eine umfassende dienstliche Beurteilung ist nur noch bei Bewerbungen auf eine Funktionsstelle vorgesehen. Bewirbt sich aber nur eine Person auf eine ausgeschriebene Funktions- oder Beförderungsstelle, ist künftig auch diese nicht mehr erforderlich. In diesem Fall genügt ein Würdigungsbericht. Auch hier werden die Merkmale zur Leistung und Befähigung mit Textbausteinen beschrieben, die die Schulleitung auswählen kann. Eine „Note“ gibt es nur beim abschließenden Würdigungsergebnis. Weiter sind Lehrkräfte auch dann zu beurteilen, wenn sie für den Auslands- oder Ersatzschuldienst beurlaubt werden möchten.

NEU: Unterrichtsbesuche können länger zurückliegen

Künftig können auch Unterrichtsbesuche, die bis zu drei Jahre zurückliegen, als Grundlage für eine dienstliche Beurteilung herangezogen werden. Voraussetzung ist unter anderem, dass sich bei den Leistungen oder beim dienstlichen Einsatz keine wesentlichen Änderungen ergeben haben und die Lehrkraft bereits im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit steht.

NEU: Neues Beurteilungsformat bei dienstlichen Beurteilungen

Auch die Form der dienstlichen Beurteilung wurde verändert: Die einzelnen Beurteilungsmerkmale zur Leistungs- und Befähigungsbeurteilung werden nur noch mit Punkten auf einer Skala von 1 bis 13 bewertet. Das Gesamturteil wird mit Punkten bewertet und in freier Wortwahl begründet. Zudem wurden verschiedene Vorlagen für die unterschiedlichen Beurteilungsformate entwickelt.

NEU: Besonderheiten für freigestellte Personalräte

Weitgehend freigestellten Personalratsmitgliedern, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie Schwerbehindertenvertretungen, die sich auf eine Beförderungs- oder Funktionsstelle bewerben, muss unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eingeräumt werden, den Dienst in der Schule für in der Regel sechs Monate wieder aufzunehmen. Dadurch soll eine geeignete Grundlage für die Einschätzung von Leistung, Befähigung und insbesondere fachlicher Leistung geschaffen werden. Voraussetzung ist, dass zum Zeitpunkt der Auswahlentscheidung keine aktuelle dienstliche Beurteilung vorliegt, die nicht älter als ein Jahr ist. Der Beschäftigungsumfang soll mindestens 50 Prozent betragen und die Dienststelle möglichst wohnortnah gelegen sein. Die Tätigkeit im Personalrat kann auf Wunsch in die

Beurteilung aufgenommen werden. Sie ist jedoch nicht Bestandteil der Leistungs- und Befähigungsbeurteilung.

NEU: Neue Mustervorlagen

Im Kontext der Überarbeitung werden insgesamt acht Muster zur Verfügung gestellt, die als Vorlage für die Beurteilungen dienen:

- Würdigungsbericht für Lehrkräfte
- Würdigungsbericht für Lehrkräfte mit Führungsaufgaben
- Würdigungsbericht für Ausbilderinnen und Ausbilder oder Ausbildungsbeauftragte
- Beurteilung von Lehrkräften / Beurteilungsbeitrag für Lehrkräfte
- Beurteilung von Lehrkräften mit Führungsaufgaben / Beurteilungsbeitrag für Lehrkräfte mit Führungsaufgaben
- Beurteilung von Ausbilderinnen und Ausbildern oder Ausbildungsbeauftragten / Beurteilungsbeitrag für Ausbilderinnen und Ausbilder oder Ausbildungsbeauftragte
- Bestätigungsbeurteilung
- Beitrag zur Feststellung der Bewährung

In einer weiteren Anlage werden die einzelnen Leistungsmerkmale erläutert.

Da die Muster zum Teil neu sind, sind Praxiserfahrungen hierzu seitens des Hauptpersonalrats Schule erwünscht.

Lebenszeitverbeamtung

Im Rahmen der Verbeamtung auf Lebenszeit erstellt die Schulleitung also zukünftig einen „Beitrag zur Feststellung der Bewährung". Über die Feststellung der Bewährung entscheidet das zuständige Staatliche Schulamt im Rahmen der Zweitbeurteilung durch die zuständige schulfachliche Aufsichtsbeamtin oder den zuständigen Schulaufsichtsbeamten auf der Grundlage des Beitrags der Schulleitung.

Die regelmäßige Probezeit für Beamtinnen und Beamte beträgt drei Jahre. Die Probezeit kann auf insgesamt höchstens fünf Jahre verlängert werden. Ergibt sich während der Probezeit, dass die Bewährung noch nicht festgestellt werden kann, kann die Probezeit verlängert werden. Dies kann mit einer Versetzung an eine andere Schule verbunden werden. Die Lehrkraft erhält dadurch die Gelegenheit, ihre Bewährung unter veränderten Rahmenbedingungen nachzuweisen. Ein Rechtsanspruch auf die Verlängerung der Probezeit besteht jedoch nicht.

Wenn es um eine Feststellung der Nichtbewährung innerhalb oder zum Abschluss der Probezeit geht, muss Widerspruch gegen die Feststellung der Nichtbewährung beim Schulamt eingelegt werden. Gegenstand der Auseinandersetzung ist aus juristischer Sicht nun nicht mehr eine dienstliche Beurteilung, sondern die Feststellung der Nichtbewährung als die Beamtin oder den Beamten „belastender Verwaltungsakt".

Bewerbung auf Funktionsstellen

Bei Beurteilungen, die anlässlich der Bewerbung auf eine Beförderungs- oder Funktionsstelle erstellt werden, besteht weiterhin die Möglichkeit, Widerspruch einzulegen oder schriftliche Einwendungen einzureichen. Wir empfehlen aber, im Falle einer Nichtauswahl die Erfolgsaussichten eines Konkurrentenverfahrens prüfen zu lassen, da in diesem Kontext die Beurteilung ohnehin auf juristische Fehler hin überprüft wird.

Rolle der Personalvertretung

Die Personalvertretung hat die gesetzliche Aufgabe, Anregungen und Beschwerden von Beschäftigten entgegenzunehmen und – sofern sie berechtigt erscheinen – gegenüber der Dienststellenleitung auf eine Klärung oder Abhilfe hinzuwirken (§ 60 Abs.1 HPVG).

Im Zusammenhang mit Beurteilungen kann der Personalrat insbesondere prüfen, ob die Beurteilungsrichtlinie ordnungsgemäß angewendet und die dort festgelegten Verfahrensgrundsätze eingehalten wurden. Er kann bei berechtigten Einwänden im Rahmen von Verhandlungen mit der Dienststellenleitung auf eine Änderung der Beurteilung hinwirken. **Die eigentliche Leistungsbewertung ist als „Akt wertender Erkenntnis" dem Dienstherrn vorbehalten.**

Beurteilung bzw. Beurteilungsbeiträge, die nach dem 1. August 2026 ausgefertigt wurden bzw. werden, müssen auf den neuen Beurteilungsrichtlinien basieren.

Sofern eine Verlängerung der Probezeit oder eine Versetzung im Einzelfall in Betracht kommt, kann der Gesamtpersonalrat die betroffene Lehrkraft im Rahmen von Gesprächen und Verhandlungen unterstützen. Die Kontaktdaten der zuständigen Gesamtpersonalräte finden Sie auf der Website der GEW Hessen.

Ein Recht, dass ein Mitglied des Personalrats an dem verpflichtenden Unterrichtsbesuch teilnimmt, gibt es nicht. Allerdings kann der Schulleiter oder die Schulleiterin wie bisher „eine fachkundige Lehrkraft" hinzuziehen. Auch die Vorgaben für den maximalen Umfang eines Unterrichtsentwurfs (acht Seiten) bzw. einer Unterrichtsskizze (vier Seiten) haben sich nicht geändert.

Rechtsgrundlagen: Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen, Erlass vom 29. Juni 2026 (Abl. 7/2026)

Wo findet man diese Richtlinien?

Im Internetportal „Bürgerservice Hessenrecht" findet man alle relevanten, für Hessen geltenden Gesetze, Verwaltungsanordnungen und auf diese bezogene Urteile hessischer Gerichte zum öffentlichen Recht. Die Beurteilungsrichtlinien findet man am schnellsten über die Suchfunktion: *www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/search*. In die Suchmaske gibt man dann den folgenden Text ein: *„Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte"*. Gesetze und umfangreiche Verordnungen können in den einzelnen Paragraphen aufgerufen oder auch als Gesamttext dargestellt werden. Auch eine Ausführung als PDF-Datei ist jeweils möglich.

Wir gratulieren im November...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Christa Bork-Leschhorn, Gießen
Ullrich Gutjahr, Frankfurt
Kornelia Guy, Steinau
Siglinde Harbich, Pohlheim
Gabriele Hartwig, Bad Hersfeld
Gesine Haus, Fernwald
Karin Hawlitschek, Langen
Jutta Knierim-Haustein, Wöllstadt
Otto Martin, Heuchelheim
Rita Middeke, Fuldabrück
Ursula Schönauer, Gladenbach
Harald Stripp, Gelnhausen
Uwe Wagner, Bruchköbel
Heidi Wallenfels, Reiskirchen
Ralf Wollinsky, Büdingen
Almut Zwengel, Fulda

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Ute Babuin-Weißschädel, Frankfurt
Rudolf Behn, Frankfurt
Peter Deboy, Gernsheim
Reinhold Fischenich, Maintal
Birgit Faring, Waldkappel
Josef Fischer, Hüttenberg
Helmut Gasper, Münster
Bärbel Hilbert, Wanfried
Manfred Hardt, Heusenstamm
Ehrenfried Klinge, Kassel
Ronald Lauer, Frankfurt
Rüdiger Merkel, Kassel
Friedlinde Mann, Potsdam
Elisabeth Marx-Babion, Marburg
Paul Möllers, Marburg
Gisela Nagel-Rotarius, Cölbe
Walter Oehl, Hessisch Lichtenau
Rainer Ott, Frankfurt
Karl Pitterling, Großkrotzenburg
Hans-Günter Passmann, Gelnhausen
Claudia-Walburga Paschke, Homberg
Cornelia Renner, Heusenstamm
Maria Roth, Frankfurt
Ilona Schäfer, Hohenahr
Elisabeth Salb-Herrmann, Frankfurt
Heike Siebert, Pleinfeld
Richard Viehl, Darmstadt
Ilona Wicke-Bölling, Baunatal
Gabriele Winter, Raunheim

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Gerd Bauckhage, Lich
Wilhelm Bauer, Hammersbach
Peter Ballatz, Sinn
Hans-Otto Chiout, Laubach
Sieglinde Darmstädter, Langen
Hans-Jürgen Essinger, Gernsheim
Herbert Fischer, Wanfried
Doris Hirn, Hanau
Heinz Hohmann, Bad Hersfeld
Karl-Heinz Jakob, Borken
Dietrich Jerwin, Fulda
Michael Janitzki, Gießen
Christa Kissel, Babenhausen
Maria Kelly-Denis, Frankfurt
Eleonore Kollmeyer, Mühlheim
Hugo Knapek, Einhausen
Dagmar Kuncke, Waldeck
Peter-Michael Kuus, Rasdorf
Arndt Rettig, Lautertal
Margit Rodrian Pfennig, Frankfurt
Hannelore Strack, Rüsselsheim
Annelore Schönberger, Homberg
Hannelore Schuchhardt, Dautphetal
Brigitte Scharf, Solms
Adelaide Seckt, Kassel
Edith Urban, Rom
Frank Wenzel, Diemelstadt-Neudorf
Maria Werkmann, Egelsbach

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Verena Onken von Trott, Kassel
Renate Schlotmann, Gießen
Heinz Wallisch, Hofheim
Elke Westerhoff, Frankfurt
Christine Woldorf, Frankfurt

GEW-Kreisverband Melsungen-Fritzlar-Homberg

Bei seinem traditionellen Sommerfest ehrte der GEW-Kreisverband Melsungen-Fritzlar-Homberg langjährig engagierte Mitglieder. Bodo Hofmann-Thomschewski, Sprecher des Vorsitzendenteams, rühmte in seiner launigen Begrüßung die Leistungen des Kultusministers: *„Hätte Armin Schwarz die gleiche Kompetenz bei der Führung seines Ministeriums wie sein Pressesprecher beim Verfassen beschönigender Pressemitteilungen, wäre uns um die Bildung in Hessen nicht bange."*

Das Foto zeigt das Vorsitzendenteam im Kreis der für ihre langjährige GEW-Mitgliedschaft geehrten Kolleginnen und Kollegen.

Hinten sind von links nach rechts zu sehen: Max Alter (40 Jahre GEW-Mitglied), Sabine Dubik (Vorsitz), Martina Uecker (Vorsitz), Heinz Meier (50), Schorsch Krapf (50), Bodo Hofmann-Thomschewski (Vorsitz) und Ludwig Gleichmann (50).

Vorne: Heinz-Jürgen Bock (50), Ulla Suck-Sartoris (40), Herbert Rinker (50) und Mechthild Tröbs (50)

GEW-Kreisverband Oberlahn

Auf der Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Oberlahn wurde Antje Barth erneut zur Vorsitzenden gewählt. Weitere Mitglieder des Vorstands sind Kathrin Langsdorf (stellvertrende Vorsitzende), Walter Lehr (Kassierer, Senior:innen), Heidrun Klapper (Schriftführerin), Ulrike Lautenschläger (Beisitzerin) und Martin Russ (Presse, Senior:innen). Das Foto zeigt von links Susanne Gottschling, die für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt wurde, Antje Barth und Heidrun Klapper (25 Jahre).

Jürgen Jäger †

Am 3. August 2026 ist unser Freund, Kollege und GEW-Mitglied Jürgen Jäger gestorben. Er wurde 1944 in einer schwierigen Zeit eingeschult. Nach einem Volksschulabschluss erlernte er Mitte der 50er Jahre den Beruf des Drehers, arbeitete als Bürokaufmann, Industriemeister und Programmierer und schließlich als Lehrer für Polytechnik und Arbeitslehre in Wiesbaden.

*Leiden*schaftlich (auch im Wortsinn!) befasste er sich mit den gesundheitlichen Gefahren, die von den in unserer Umgebung verbauten Schadstoffen ausgehen. In Wiesbaden sorgte Jürgen mit seinem unermüdlichen Engagement dafür, dass die Schule, an der er tätig war, und 23 Kitas schadstoffsaniert werden mussten. Der „PCB-Jäger" erhielt für sein Engagement die Bürgermedaille in Silber der hessischen Landeshauptstadt und war seit 1988 für mehr als zwei Jahrzehnte Schadstoff- und Umweltbeauftragter der GEW Hessen.

In seinem Kampf für einen gesunden, gift- und schadstofffreien Arbeitsplatz in Schule und Kita war Jürgen bundesweit mit Umweltmediziner:innen, aber auch mit den vor Ort von Schadstoffemissionen betroffenen Kolleg:innen bestens vernetzt. Stets waren es dicke Bretter, die er bohrte.

Auch von der mächtigen internationalen Lobby der Chemie-Konzerne, die ihre Interessen sehr wohl zu wahren wussten, ließ er sich nicht entmutigen. Dabei ließ er sich von Brechts Diktum leiten: *„Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher."* Als sozial und politisch denkender Mensch setzte er sich in Wiesbaden für den Aufbau einer Jugendwerkstatt ein und organisierte zuletzt im hohen Alter noch Gedächtnistrainings für Senior:innen. Jetzt ist Jürgen Jäger im Alter von 87 Jahren verstorben. Wir vermissen ihn.

Gerhard Walentowitz (GEW Frankfurt, ehemals lea bildungsgesellschaft)

Ute und Thomas Eilers
(ehemals GEW-Kreisverband Wiesbaden-Rheingau)

GEW besucht Apfelglück

Zur besten Apfelzeit luden die GEW-Kreisverbände Darmstadt-Land und Dieburg ins Heimatmuseum Reinheim ein. GEW-Kollegin Rosemarie Töpelmann vom Heimatmuseum (auf dem Foto vorne links) zeigte den anwesenden Senior:innen beim Rundgang durch die 14 verschiedenen Räume ländliche Lebensräume und Arbeitsplätze des vergangenen Jahrhunderts, in denen Krieg, Flüchtlingsnot und Mangelwirtschaft eine zentrale Rolle spielten. In der gemeinsam mit dem NABU entwickelten aktuellen Sonderausstellung „Apfelglück" dreht sich alles um den Apfel – von der Ernte bis zum Endprodukt. Den Abschluss bildete ein Besuch im Café Fachwerk.

Barbara Ludwig

HLZ: Papier oder digital?

Mitglieder, die auf die gedruckte HLZ verzichten wollen und die digitale Version bevorzugen, können sich auf der Internetseite der GEW melden. Sie erhalten dann jeweils nach Drucklegung eine E-Mail mit dem Link zur digitalen Ausgabe. Sie kann dort auch schon vor dem Postversand gelesen werden.

Der Zeitungsstopp schließt auch die Bundeszeitung E&W ein, die man jedoch ebenfalls digital lesen kann.

- Die Mitteilung zum Zeitungsstopp können Sie uns formlos per E-Mail schicken (*mitgliederverwaltung@gew-hessen. de*) oder ganz bequem auf der Homepage der GEW Hessen eintragen: *www.gew-hessen.de/zeitungsstopp*

Betr.: HLZ 9-10/2026

80 Jahre Hessische Verfassung

Diese HLZ im 79. Jahr ist eine außerordentliche Glanzleistung! Das Schwerpunkt-Thema 80 Jahre Hessische Verfassung mit seiner Ergänzung um Wolfgang Abendroth und die Marburger Politikwissenschaft ist für mich als einstigen Sozialkunde-Student bzw. -Lehrer die optimale Inspiration für jüngere Kollegen.

Manuel Zimmermann

LesePeter im November 2026

Der LesePeter der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) geht im November an das Kinderbuch „Klassenbuch" von Gerda Raidt. Ist das Leben wie ein Wettkampf oder ein Spiel, bei dem man nur gut genug sein muss, um es zu etwas zu bringen? Das „Klassenbuch" zeigt die „feinen Unterschiede" zwischen Klassen und macht Klassismus und soziale Ungerechtigkeiten schon in der Grundschule erschließbar. Eine ausführliche Rezension mit pädagogischen Hinweisen findet man unter *www.ajum.de*.

Gerda Raidt: Klassenbuch. Wer gewinnt im Spiel des Lebens? Klett Kinderbuch Verlag, Leipzig, 2026, 22 €, ab 9 Jahre.

Zum Inhaltsverzeichnis

Foto: GEW

Ralf Becker: „Die GEW muss mehr über ihre Erfolge reden."

Ralf Becker leitet seit fünf Jahren den GEW-Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand. Das Gespräch führten Harald Freiling und Roman George in der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Diese kennt Ralf aus seinem langjährigen Engagement in der GEW Hessen gut.

Es war schwierig, diesen Termin zu finden. Hast du einen sehr vollen Terminkalender?

Den haben eigentlich alle im Hauptvorstand. Wir reisen viel. Anfang der Woche war ich bei der Bildungskonferenz von DGB und Arbeitgeberverbänden in Berlin. Rainer Dulger hat dort mehr Geld für Berufsschullehrkräfte gefordert. Das habe ich noch nie gehört von einem Arbeitgeberpräsidenten.

An der Werner-Heisenberg-Schule in Rüsselsheim hat vor wenigen Tagen unsere Schulleitungstagung stattgefunden. Das war lange deine Schule ...

... und ist immer noch meine offizielle Dienststelle, weil ich formal beurlaubt bin. Ich gehe immer noch, wenn es möglich ist, Dienstagabend mit Kollegen ein Bier trinken. So bekomme ich weiter mit, was die Menschen vor Ort bewegt.

Bei der Tagung haben zwei 11. Klassen ein ganz tolles Catering bereitgestellt.

Ja, ich kenne die Kollegin und den Kollegen, die das Projekt betreuen. Wie viele Lehrkräfte an Berufsschulen haben sie schon ein erstes Berufsleben hinter sich. Sie bringen Ideen mit, die den Jugendlichen helfen. Das heißt aber, dass sie auch außerhalb der Schule gute Berufschancen haben. Letzte Woche hat mir ein Professor erzählt, dass bei ihm nur ein einziger Student in Elektrotechnik neu angefangen hat.

Wie bist denn du zum Berufsschullehramt gekommen?

Ich habe einen Ingenieurabschluss an der Uni Kaiserslautern gemacht und dann gemerkt: Du musst mit Menschen arbeiten! Daher habe ich noch Lehramt studiert. Das Referendariat habe ich in der Südpfalz gemacht, dann ein Jahr bei mehreren privaten Bildungsträgern gearbeitet. Für eine akademische Ausbildung ist es eigentlich ein Hohn, was man da verdient. Anfang der 2000er kam ich nach Rüsselsheim an die Heisenberg-Schule. Dort wohne ich heute noch. Ich habe dann auch schnell im GEW-Kreisverband Groß-Gerau angefangen, bald im Gesamtpersonalrat und dann im Hauptpersonalrat.

Und wie fühlst du dich jetzt auf der Bundesebene?

Bildung ist Ländersache. Auf der Bundesebene diskutieren wir eher über den Rahmen oder über Sonderprogramme wie das Startchancen-Programm, das es ohne die GEW nie gegeben hätte. Der Abstand zu den bildungspolitischen Grabenkämpfen in den Ländern hat auch überraschende Effekte: So gibt es Übereinstimmungen mit Arbeitgebervertretern, auch mit CDU-Bildungspolitikern. Die sind oft einer Meinung mit uns – bevor die Finanz- oder Wirtschaftspolitiker das Ganze wieder wegreißen. Die Erfolge merkt man oft erst nach zehn, 15 Jahren.

Der DGB befragt jedes Jahr Auszubildende. 2026 war die Zufriedenheit mit der Ausbildung mit zwei Dritteln so gering wie nie. Der Berufsschulunterricht wurde von nur rund 50 Prozent positiv beurteilt ...

Ich werte es auch als Erfolg meiner Arbeit, dass der DGB das nicht mit einer Lehrerschelte kommentiert, sondern sagt, dass die Bedingungen an berufsbildenden Schulen besser werden müssen. Die Landesfachgruppe war neulich bei Merck in Darmstadt: Die haben richtig geile Sachen und eine gute Personalausstattung. Aber es gibt auch Klitschen. Dann ist die Berufsschule die letzte Rettung, damit die Auszubildenden überhaupt ihren Abschluss schaffen. In eine Schule, in die es reinregnet, kannst du keine hochwertigen Sachen reinstellen – Schülerinnen und Schüler eigentlich auch nicht. Die Räume sind Ausdruck einer Pädagogik aus dem letzten Jahrtausend. Oft wundert es mich, dass die Kolleginnen und Kollegen trotzdem gute Ergebnisse erzielen.

Der nächste Gewerkschaftstag findet in Wiesbaden statt. Siehst du bis dahin noch besondere Meilensteine?

Wir diskutieren im DGB die Neuordnung der Berufsbilder, in die immer wieder neue Sachen reingepackt wurden, ohne andere rauszunehmen. So langsam setzt sich auch bei den Arbeitgebern die Erkenntnis durch, dass wir was machen müssen, um die Erstausbildung wieder auf das zu reduzieren, was sie ist: eine Erstausbildung, an die sich eine Qualifikation auf Bachelor-Niveau anschließen kann. Dann würden wir nicht mehr 20 Prozent eines Jahrgangs verlieren. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist mein Lebensthema. Und generell müssen wir als GEW mehr über unsere Erfolge reden.

Hast du ein Beispiel?

Ja, ganz aktuell aus der Weiterbildung: Wir haben gemeinsam mit Fachverbänden eine Petition gegen den von Innenminister Dobrindt verhängten Zulassungsstopp für Integrationskurse gestartet, der sich in kurzer Zeit mehr als 140.000 Menschen angeschlossen haben. Seit Mai ist jetzt auch die freiwillige Teilnahme unabhängig vom Aufenthaltsstatus wieder möglich.

Vermisst du als gebürtiger und bekennender Saarländer das Saarland?

Ich denke, dass ich nach der Pensionierung zurückgehen werde. Es ist einfach das schönste Bundesland – und auch das mit der höchsten Dichte an Sternekköchen. Dort bleibst du nie lange alleine stehen, wirst immer angesprochen.

GEW begrüßt neue LiV

Am 1. November starteten mehr als 1.000 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV). Die GEW begrüßte die neuen LiV in den Studienseminaren und überreichte dabei die aktuelle Ausgabe des *LiV Spektrums* mit allen Informationen zum Vorbereitungsdienst, relevanten rechtlichen Grundlagen und Beiträgen zu aktuellen pädagogischen Themen. Das *LiV Spektrum* gibt es auch als E-Paper und Download unter: *www.gew-hessen.de/liv-spektrum*

- **Und bitte weitersagen:** Der Mitgliedsbeitrag für LiV beträgt nur 4 Euro im Monat und umfasst alle Leistungen der GEW von der Rechtsberatung über den beruflichen Rechtsschutz bis zur Berufshaftpflichtversicherung.

Foto: Rüdiger Grölz

Bertha-von-Suttner-Friedenspreis für die Jugend

Kurz vor den Sommerferien wurde zum fünften Mal der Bertha-von-Suttner-Friedenspreis für die Jugend in Hessen verliehen, der von der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) und der GEW Hessen initiiert wurde. Mit 56 Einsendungen wurde eine neue Höchstzahl von teilnehmenden Schulen und Einzelpersonen erreicht.

Die Jury aus DFG-VK, GEW, Pax Christi, Zentrum Ökumene der EKHN und der Katholischen Jugendkirche Jona, in der die Preisverleihung stattfand, verlieh den ersten Preis an die Schülerin Kamila Khuzhamova (17) von der Limesschule in Altenstadt, die mit der Skulptur eines Soldaten die dauerhaften körperlichen und seelischen Narben verdeutlicht, die der Krieg bei den Menschen hinterlässt. Blickt man durch die Narben der Skulptur, sieht man im Inneren Symbole für Familie und Liebe.

Zweite Preise gingen an Jan Hildebrandt und Tuna Tekin von der Carl-Schurz-Schule in Frankfurt für ihr Kinderbuch „Die Waffen nieder!“ und Marie Violetta Henninge von der Walldorfschule in Darmstadt für ihre Kurzgeschichte „Was bleibt, wenn wir gehen?“ über die Flucht einer jungen Frau aus Syrien. Einen kurzen Auszug aus dem Werk beendete Henninge mit Worten, die nachhallen: *„Das ist das Seltsame am Krieg. Er bleibt nicht, wo er passiert.“*

Ein dritter Preis ging an die Friedensprojektgruppe der Hostatoschule in Frankfurt, die auch jüngeren Schülerinnen und Schülern mit dem Besuch historischer Erinnerungsorte, künstlerischen Projekten und Ausstellungen und der Pflege von Stolpersteinen vielfältige Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement und Friedensarbeit bietet.

IMPRESSUM

HLZ Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen

ISSN 0935-0489

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069-971 293-0
Fax: 069-971293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Redaktion:
Katja Pohl (verantwortlich)
E-Mail: kpohl@gew-hessen.de
Dr. Roman George
Telefon: 069-971293-20
E-Mail: rgeorge@gew-hessen.de

Gestaltung: Harald Knöfel

Titelthema: Susann Gessner, Imke Dzewas, Fabian Welsch

Mitarbeit: Christoph Baumann (Bildung), Sascha Wellmann (Hochschule), Stefan Edelmann (Bildung), Harald Freiling (Service), Dr. Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Michael Köditz und Steve Kothe (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Dana Lüddemann (Gewerkschaftliche Bildung), Andreas Werther (Sozialpädagogik), Peter Zeichner (Mitbestimmung)

Illustrationen: Alle GEW Hessen, außer: Bella von isu.creates (S. 2), Franz-Leuninger-Schule Mengerskirchen (S. 6), Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften (S. 24), Edelweiss Netzwerk (S. 30)

Fotos: Alle GEW Hessen, außer: IMAGO / Funke Foto Services (Titelbild, Kamp-Lintfort Kunstprojekt Grundschule), Gedenkstätte Deutscher Widerstand (S. 7), IMAGO / Dreamstime (S. 10), Starke Lehrer - starke Schüler (Hessen) (S. 23), GEW (S. 38), Rüdiger Grölz (S. 39)

Verlag: Eigenverlag der GEW Hessen

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt a. M.

Zuschriften: Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Autorinnen und Autoren stimmen einer Veröffentlichung ihrer Beiträge auf der Homepage der GEW Hessen zu.

Redaktionsschluss: 5. Oktober, für die folgenden Ausgaben: 5. November für Dezember/Januar, 5. Januar 2027 für Februar, 5. Februar für März/April

Nachdruck:
Fotomechanische Wiedergabe, sonstige analoge oder digitale Vervielfältigungen sowie Übersetzungen, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlags.

Druck:
Thiele & Schwarz GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7
34123 Kassel

Zum Inhaltsverzeichnis

MITMACHEN LOHNT SICH!

Bluetooth-Box von JBL

Bulletjournal

Spiel des Jahres 2025: BombBusters

Ein neues GEW-Mitglied werben und Deine tolle Prämie gleich online anfordern:

www.gew.de/mitglied-werden

HEINRICH RODENSTEIN FONDS e.V.

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Spenden

Travelset

Alkoholfrei-Set von Laori

GEW-Bento Box

LEGO-Box Classic

Fahrradtasche

Büchergutschein

Insektenstichbehandler

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Prämien 2026/2027